

Politische Berichte

Kampf um die öffentliche Meinung

- S. 3 *Erneute deutsche Erpressungsversuche in den Entschädigungsverhandlungen*
- S. 5 *Roma zwischen den Nationen*
- S. 8 *Über die Arbeit eines Hadep-Bürgermeisters*
- S. 12 *Expo-Hinterlassenschaften*
- S. 13 *Viel Krach in Osnabrück: Gegen Sozial- und Lohndumping*
- S. 16 *Streik im öffentlichen Dienst unvermeidbar*
- S. 19 *Anpassung und Widerstand*
- S. 21 *Friedensbewegung zur Umstrukturierung der Bundeswehr*



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIET VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@otelo-online.de

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, E-mail: volhar@web.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und Ost Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030/24009468, Fax: 030/24009469

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: +13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.:

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

AKTUELL IN BERLIN

GERINGVERDIENENDE GELACK-MEIERT.

MEIERT. Die seniorenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion Monika Balt erklärte zu den Rentenplänen der Koalition: „Die rot-grüne Koalition plant den massivsten Eingriff der letzten Jahrzehnte in das Rentensystem. Mit der völlig neuen Rentenformel und einer privaten Zusatzversorgung für das Alter beginnt der Angriff auf das paritätisch finanzierte Beitragssystem der gesetzlichen Rentenversicherung. Während der Anteil der Arbeitgeber stabil gehalten bzw. bis 2030 nur geringfügig angehoben werden soll, steigt die Mehrbelastung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer enorm an. Und das - so Bundesarbeitsminister Rieger - auf „freiwilliger“ Basis. ... wer das nicht tut oder nicht kann, der muss mit anwachsenden Rentenkürzungen durch den Einbau eines sogenannten Ausgleichsfaktors in die Rentenformel rechnen. Der Ausgleichsfaktor hat die schrittweise Absenkung der nettolohnbezogenen Rente auf 63% zum Ziel. Das ist mehr, als es die CDU/CSU mit ihrem demografischen Faktor vorhatte. Gleichzeitig prognostiziert das Bundesarbeitsministerium eine Anhebung des Beitragssatzes auf 21,9%, d.h. für ArbeitnehmerInnen auf 26%. Es liegt auf der Hand, dass die Geringverdienden und vor allem Frauen die Gelackmeierten sind. Die Folge wird sein, dass künftige Rentnerinnen und Rentner immer mehr zum Sozialfall werden. Die „Brücke zwischen den Generationen“ ist nicht erkennbar. (...) Die PDS wird solchen Vorhaben politischen Widerstand leisten.“

NUR ERSTER SCHRITT!

Zum gleichen Thema erklärte der BDA-Präsident Hundt: „Die neuen Überlegungen ... sind ein erster Einstieg ... Allerdings bleiben die dringenden Strukturreformen hinter den Notwendigkeiten für ein modernes und zukunftsfähiges Alterssicherungssystem zurück ... Die Einführung von steuerlichen Korrekturfaktoren und einem Ausgleichsfaktor für private Altersvorsorge ist zwar vom Ansatz her richtig, überschaubarer und besser wäre es jedoch, einen vollen Demografiefaktor ... einzuführen. Damit die neue kapitaldeckte Altersvorsorge auch finanziert ist, geht es nicht ohne deutlich niedrigere Einkommenssteuersätze und Sozialabgaben. ... ist das Ziel, die Förderung der Altersvorsorge zu verstärken, richtig. Dies ist die gerechtere und ordnungspolitisch bessere Alternative zu einer sozialen Grundsicherung, die jetzt hoffentlich endgültig vom Tisch ist.“

WAFFENEXPORT.

Die Regierung will in Kürze den Export von 64 bewaffneten ABC-Spürpanzern „Fuchs“ an die Vereinigten Arabischen Emirate im Bundessicherheitsrat genehmigen lassen. Die Grünen haben Berichten des *Stern* zu folge ihren Widerstand de facto aufgege-

ben. Das Verteidigungsministerium begleitet das Gesamtvorhaben „technisch und administrativ“, d.h. nutzt den Export dazu, in den Emiraten Fuß zu fassen.

GRUNDSCHÜLERVERGLEICH.

Nach dem zur Zeit im schulischen Sekundarbereich durchgeführten internationalen Leistungsvergleich namens „PISA“ rollt nun ein entsprechender Vergleich für den Grundschulbereich an: IGLU. Überprüft werden soll, wie bei PISA, in erster Linie die Lesefähigkeit der Grundschüler, außerdem ihre mathematischen und naturwissenschaftlichen Kenntnisse, letzteres unter dem Gesichtspunkt, welche Faktoren - Eltern, Clique, Mitschüler, Lehrer etc. - bei der Interessenbildung besonderen Einfluss haben. Gefordert wird der internationale Vergleich insbesondere vom BDA, der nach der Ausrichtung des gesamten Schulsystems auf die Steigerung der Leistungsfähigkeit und Verstärkung der Auslese ruft. (PE BDA 25.5.)

AUSNAHMEREGELUNG.

Das Finanzministerium hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der darauf abzielt, die Senkung der Kirchensteuereinnahmen durch die Steuerreform - die Anfang Juni auf der TO des Bundesrats steht und von dort in das Vermittlungsverfahren geht - teilweise auszugleichen. Damit kommt das Ministerium einer Forderung der beiden großen Kirchen nach, die bei Inkrafttreten der Steuerreform Kirchensteuer-Verluste in den nächsten fünf Jahren von ca. 10 Milliarden DM befürchten. Durch verschiedene Anrechnungsverfahren sollen die Ausfälle zu etwa einem Drittel kompensiert werden. Der Gesetzentwurf setzt sich zugleich darüber hinweg, dass die Kirchensteuer Sache der Länder und eine einheitliche Regelung verfassungswidrig ist.

KAMERADSCHAFT.

Nach nicht dementierten Medienberichten hat der CSU-Generalsekretär Goppel dem als Organ der militärtenden Neonaziszenne bekannten „Zentralorgan“ ein mehrseitiges freundliches Interview gegeben. Der PDS-Abgeordnete Carsten Hübner erklärte dazu: „Beim ‚Zentralorgan‘, dem Herr Goppel Ende Februar auf einer Veranstaltung der ‚Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg‘ (einem Sammelbecken von Rechtsextremen aller Couleur - Red.) jenes Interview gab, handelt es sich immerhin um die bundesweit führende Neonazipublikation der sog. Freien Kameradschaften um die Neonazikader Christian Worch und Thomas Wulff. Pikanterweise wurde die vorletzte Ausgabe am 10. Januar von Polizei und Staatsanwaltschaft beschlagnahmt und gegen die Herausgeber Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung eingeleitet, da sie den Wahlsieg der FPÖ unmissverständlich antisemitisch mit ‚Juden raus aus Österreich‘ kommentierte.“

Kein Schlussstrich – keine Zahlung

Immer noch ist nicht klar, wann die überlebenden Opfer des deutschen Faschismus eine Entschädigung für die ihnen zugefügten Verbrechen erhalten. Die jüngste Krise der Entschädigungsverhandlungen war vorhersehbar: Sie röhrt, wie alle vorherigen Krisen, die die Verhandlungen so elendig verschleppten, aus dem Anliegen der deutschen Seite, mit der Zahlung an die Überlebenden sich aller Ansprüche ein für allemal zu entledigen.

Die deutsch-amerikanischen Verhandlungen über ein Regierungsabkommen zur Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter wurden am 2. Juni auf den 12. vertagt. Der Abschluss scheiterte am deutschen Verlangen, die US-Regierung müsse deutschen Firmen Rechtsicherheit gegen anhängige und neue Klagen von NS-Opfern in den USA garantieren. Die Nachkommen der Täter erpressen ungeniert. Kein Abkommen – keine Zahlung. Im Gesetzentwurf „zur Errichtung einer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, der laut Zeitplan am 15. Juli abschließend im Bundestag beraten werden soll, heißt es unter „A. Problem“: Der Gesetzentwurf „macht erste Leistungen der Stiftung an die Berechtigten ... davon abhängig, dass der angestrebte Rechtsfriede durch das in Aussicht genommene deutsch-amerikanische Regierungsabkommen erreicht worden ist.“ (BT-Drs. 14/3206)

Natürlich ist der deutschen Industrie klar, dass die US-Regierung Klägern den Rechtsweg nicht per Gesetz abschneiden und Klagen verbieten kann. Das US-Recht kennt das Institut der *Political Question Doctrine*, das politische Argumente in einer juristischen Auseinandersetzung zulässt. Zusammengefasst im *Statement of Interest*, kann die US-Regierung ihre „außenpolitischen Interessen“ an einer Klageabweisung formulieren. Die deutsche Industrie aber verlangt mehr. Sie beharrt darauf, dass die NS-Opfer – ein weiteres Mal – in ihren Rechten eingeschränkt werden und die US-Regierung nicht nur politische Interessen, sondern rechtliche Grundsätze in einer Art Katalog feststellt. So etwa, dass der Gerichtsort für künftige Klagen in der BRD liege, dass eine große Gruppe von Opfern durch ihre Anwälte in den Verhandlungen vertreten war und auf Zivilklagen verzichtet habe usw. Insgesamt solle sie so viele juristische Sachverhalte aufzählen, dass jedes amerikanische Gericht eine Klage verwerfen muss. (SZ, 25.5.) Dagegen will die US-Regierung zwar auf die Existenz des Stiftungsfonds verweisen, der alle bisherigen Forderungen befriedige, jedoch nicht rechtliche Grundsätze formu-

lieren und damit indirekt anzeigen, dass US-Gerichte die materiellen Forderungen künftiger Kläger müssen prüfen können.

„... dringendes Interesse, dass die Unbedingtheit weitergehender Forderungen gesetzlich festgestellt wird ...“

Diese letzte, längst nicht ausgestandene Krise in den Verhandlungen wirft noch einmal ein Schlaglicht auf die Interessen, die das Handeln der deutschen Seite bestimmen und die den – im Vergleich zu der über 50-jährigen Praxis der Zurückweisung aller Ansprüche der ehemaligen



Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter – erzielten Fortschritt praktisch zu nichts machen.

Nach Berechnungen des Historikers Thomas Kuczynski wurden den durch das faschistische Deutschland verschleppten ca. 14 bis 15 Millionen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern rund 180 Mrd. Mark an Löhnen – umgerechnet auf heutiges Preisniveau – vorenthalten. (junge Welt, 3.6.2000) Ganze 10 Mrd. – also nicht mal 6% dieser 180 Mrd. – sollen in den Stiftungsfonds eingezahlt und zum größeren Teil, d.h. nicht einmal vollständig, an die Überlebenden ausgezahlt werden. Und selbst diese 10 Mrd. DM sind bisher nicht beisammen. Bis Ende Mai haben 2.260 Unternehmen rund 3 Mrd. DM in den Fonds gezahlt; damit hat die deutsche Wirtschaft nicht einmal die lächerlich geringe Summe von 5 Mrd. DM – nach Steuerabzügen ohnehin nur 2,5 Mrd. – aufgebracht. Eine ganze Reihe von denen, die sich an der Lebenskraft von

Zwangsarbeitern mästeten, sind nicht beigetreten. Andere – und gerade die großen Konzerne – zahlen Beiträge, die sie aus der Portokasse nehmen können. BASF z.B., aus der Entflechtung der IG Farben hervorgegangen, will 100 Mio. DM zahlen, das ist mal gerade ein Vierzehntel des Betrags, den der Konzern 1999 wegen verbotener Preisabsprachen auf dem Vitaminmarkt in den USA zu bezahlen hat. (Kommunal-Info Mannheim, Nr. 11) Dreist verlangt die „Stiftungsinitiative“ jetzt sogar, den Anteil der Privatwirtschaft weiter zu senken. Man bereite Gespräche mit dem Bundesfinanzministerium vor, um zu erreichen, dass die Entschädigungsleistungen von Unternehmen, die ganz oder mehrheitlich dem Bund gehören (Post, Bahn, Landesbanken etc.) entgegen dem Gesetzentwurf der Privatwirtschaft zugeschrechnet werden. Auch dieses Hinhalten, dieses Gefeilsche dient einzig dazu, das eigentliche Interesse der deutschen Wirtschaft durchzusetzen. Es geht nicht um die Entschädigung ehemaliger Opfer, nicht um, wenigstens ansatzweise und soweit dies überhaupt nur möglich ist, einen Ausgleich für zugefügte Verbrechen, sondern darum, sich aller Ansprüche auf alle Zukunft zu entledigen und damit zugleich die Geschichte zu entsorgen.

Finanzminister Eichel erklärte in seinem Rundschreiben vom 3. Februar unverblümt: „Mit ihnen (den Zahlungen der Wirtschaft – Verf.) wird ... nicht zuletzt das Ziel verfolgt, eine Grundlage zu schaffen, um den Sammelklagen in den USA begegnen zu können und damit verbunden drohenden Imageverlust auf dem dortigen Markt und weltweit abzuwenden.“ (Zitiert nach: *Ulla Jelpke, Im Vordergrund steht der Schutz der Industrie, nicht die Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter*) Man will einen Schlussstrich – dafür zahlt man, und ohne diesen „Schlussstrich“ zahlt man nicht.

Diese Schlussstrich-Mentalität durchzieht, entgegen anderslautender Bekundungen aus Regierung und Parlament, auch den schon erwähnten „Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“. In der seitenlangen Begründung etwa liest man: „Mit diesem Gesetz wird eine abschließende Regelung für Ansprüche wegen Zwangsarbeit und Vermögensschäden getroffen.“ (S. 17) Seit eh und je wurden von deutscher Seite Ansprüche ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter zurückgewiesen. Daimler-Benz etwa beschied Anfang der 90er-Jahre vorsichtige Anfragen aus osteuropäischen Ländern: „Beim tragischen und bedrückenden

Thema der Zwangsarbeit darf es nach unserer Meinung nicht in erster Linie um das Aufrechnen von Stundenlöhnen gehen. Ansonsten besteht die Gefahr, die Tragweite des Geschehens zu verkennen ... Einzelentschädigungen haben wir nicht vorgenommen, da individuelle Regelungen zu keiner befriedigenden Lösung führen, die auch die politische und moralische Dimension der Frage hinreichend berücksichtigt. (...) Eine Entscheidung zu individuellen Leistungen hätte außerdem diejenigen begünstigt, die im Laufe der Jahre ihre psychische und physische Kraft zurückgewonnen haben und möglicherweise in guten Verhältnissen leben.“

Der Gesetzentwurf hält an der Auffassung, dass es einen Rechtsanspruch auf Entschädigung für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter nicht gibt, fest. „Nach Auffassung der Bundesregierung sind die derzeit gegen sie und deutsche Kommunen geltend gemachten Forderungen nicht begründet. Die Wiedergutmachungsgesetze der Bundesrepublik Deutschland sehen einen Entschädigungsanspruch wegen Zwangsarbeit nicht vor. Nach Auffassung der Unternehmen können auch keine Ansprüche gegen sie geltend gemacht werden. Bislang ist keine rechtskräftige Entscheidung bekannt, die den Anspruch eines Zwangsarbeiters für begründet erachtet. Mehrere Klagen wurden bereits abgewiesen. Dennoch gibt es eine Vielzahl von Klagen vor deutschen und ausländischen Gerichten. Deshalb besteht ein dringendes Interesse, dass die Unbegründetheit weitergehender Forderungen gesetzlich festgestellt wird.“ (S. 17)

Tatsächlich sind zur Zeit etwa 5000 Klagen ehemaliger Zwangsarbeiter vor deutschen Gerichten anhängig. Ihnen soll mit dem Gesetzentwurf jede Grundlage entzogen werden. Dann stellt es auch kein Problem mehr dar, wenn US-Gerichte zukünftige Kläger auf den „Gesetzsort Deutschland“ verweisen ...

Der Gesetzentwurf: Schlussstrich für die deutsche Wirtschaft, Zumutungen für die Opfer

Das vorherrschende Schlussstrich-Interesse der deutschen Seite bringt für die ehemaligen Opfer neues Leid. Zahlungen sind mit einem entwürdigenden Prozess der Kategorisierung, mit Berechtigungs-nachweisen und vor allem angeblich „freiwilliger“, tatsächlich erpresster Selbstentretung verbunden. Wer einen Antrag auf Zahlung einreicht, muss, damit der Antrag überhaupt angenommen wird, ein „Schlussattest“ unterzeichnen und damit auf alle etwaigen etwaigen Ansprüche verzichten. Auch Firmen, die in den Stiftungsfonds nicht einzahlen,



werden damit von Ansprüchen gleich welcher Art befreit.

Ein anderes großes Problem besteht darin, dass längst nicht gesichert ist, dass alle Leistungsberechtigten die ihnen lt. Gesetzentwurf zustehenden Zahlungen in voller Höhe erhalten. Deshalb ist man auf den Trick gekommen, dass die Zahlungen in zwei Raten auszuzahlen sind. Die erste Rate von 50% für KZ-Häftlinge bzw. 35% für andere Zwangsarbeiter, wenn der Nachweis für Zwangsarbeit erbracht ist, die zweite acht Monate später, wenn die Anmeldefrist für alle noch lebenden Anspruchsberechtigten laut Gesetzentwurf abläuft.

Viele weitere Zumutungen, die der Gesetzentwurf enthält, können hier aus Platzgründen nicht aufgeführt werden. (s. dazu auch: Ulla Jelpke, a.a.O.; BT-Drs. 14/3206, zu beziehen über: www.bundestag.de)

Nach wie vor bedrückend ist vor allem die Gefahr, dass große Gruppen, die bei den bisherigen Verhandlungen nicht vertreten waren, von Leistungen ganz oder weitgehend ausgeschlossen zu bleiben drohen. Das sind erstens vor allem die nichtjüdischen Häftlinge der KZs, die aus einem Land stammen, das nicht an den Verhandlungen beteiligt war, hier sind insbesondere Sinti und Roma sowie Überlebende aus einigen ost- und mitteleuropäischen Ländern (v.a. aus den Teilrepubliken Jugoslawiens) betroffen wie aber auch die Überlebenden aus Westeuropa. Zweitens ehemalige Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen, die nach 1945 nicht in ihre Herkunftslander zurückkehrten und heute verstreut in aller Welt leben. Experten schätzen, dass es sich bei beiden Gruppen um ca. 100.000 Personen handelt. (Blätter für deutsche und internationale Politik) Sie sind die Hauptopfer der deutschen Verhandlungsstrategie, die Opfer in Gruppen zu kategorisieren und die verschiedenen Opfergruppen gegeneinander auszuspiesen. Da der Gesetzentwurf die Erhöhung der einzubringenden 10 Mrd. ausschließt, führt eine Erhöhung für die ei-

ne Opfergruppe zwangsläufig zur Verringerung für die anderen. Von den 10 Mrd. sollen 8,1 Mrd. an ehemalige NS-Zwangsarbeiter gezahlt werden. Ausgezahlt wird über „Partnerstiftungen“, so soll die polnische Stiftung 1,796 Md. erhalten, die für die Ukraine und Moldawien zuständige Stiftung 1,708 Mrd., für Russland, Lettland und Litauen sind 828 Mio. DM, für Weißrussland und Estland 687 Mio., für die anspruchsberechtigten Opfer in der Tschechischen Republik 419 Mio. DM, für die Jewish Claims Conference 1,812 Mrd. DM vorgesehen. Für die oben genannten Gruppen der Nicht-Vertretenen war zunächst ein Gesamtbetrag von knapp 1 Mrd. DM vorgesehen, dann wurde er auf 800 Mio. gekürzt und inzwischen noch einmal um 260 Mio. auf ganze 540 Mio. (BZ, 20.5.) Schon im März warnte Lothar Evers, Sprecher des Bundesverbandes Information und Beratung für NS-Verfolgte, in einem Interview in NDR 4-Info: „Es ist nicht sicher, dass jeder Mensch mit einem vergleichbaren Schicksal – egal wo er in der Welt lebt – schnell und unbürokratisch eine Summe von 15.000 oder 5.000 (Mark) erhalten wird.“

Die PDS trägt den Gesetzentwurf mit, trotz dessen verantwortungsloser Grundkonzeption. Man kann darüber streiten. Die Fraktion entschied sich dafür aufgrund der Bitte zahlreicher Opferorganisationen. Tatsächlich darf nicht übersehen werden, dass die Überlebenden vielfach in großer Armut leben und die Zahlungen, sollten sie sie erhalten, ihren Lebensabend etwas erträglicher gestalten. Für sie, die dem faschistischen



Programm der „Vernichtung durch Arbeit“ entkommen sind und die meist nun schon 55 Jahre auf irgend einen Ausgleich, ja überhaupt auf die Anerkennung des ihnen zugefügten Verbrechens, warten mussten, für sie zählt jeder Tag. Dass die deutsche Seite, die Täterseite, gerade diese Situation der Überlebenden für ihre Erpressungen benutzt, ist unerträglich.

Es hat in den letzten Monaten an vielen Orten Initiativen zur Auseinandersetzung mit dem Verbrechen der Zwangsarbeit gegeben, Initiativen, die die Verantwortung der örtlichen Unternehmen und die Rolle des Staates aufdecken und die Forderung nach Entschädigung aufnahmen. Soll sich die deutsche Seite mit ihrer Schlussstrich-Forderung nicht gänzlich durchsetzen, ist die Fortsetzung all dieser Initiativen dringend erforderlich.

scc

Koalition will 3%-Klausel einführen

Die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen in NRW werden bis zum Schluss spannend bleiben und unsere Leser erst nach Erscheinen dieser Ausgabe über die Medien erreichen. Ministerpräsident Clement will eigentlich keine Koalition mit den Grünen. Der FDP-Parteivorstand empfahl ihm noch einmal eine Koalition mit Möllemann. An dem Spiel, die Grünen weich zu kochen, beteiligt sich auch der SPD-Vorstand, weniger die SPD-Landtagsabgeordneten. Denen wäre eine Koalition mit Tempo-Möllemann ziemlich zuwider. Deshalb gibt es auch Spekulation in den Medien, dass Clement um seine Mehrheit im ersten Wahlgang zum Ministerpräsident fürchtet.¹ Hatten die Grünen Clements rauhe Verhandlungsführung noch öffentlich kritisiert, so bezeichnete der grüne Bauminister Vesper die Koalitionsverhandlungen am 5. Juni als „bemerkenswert gut“².

So haben die Grünen in vielen Sachen bereits nachgegeben. Genaueres wird man erst mit der Koalitionsvereinbarung sehen können. So soll aber bei der Innen- und Rechtspolitik eine Einigung darüber erzielt worden sein, dass in der Gemeindeordnung wieder eine Prozentklausel eingeführt wird: Diesmal 3%!³ Damit will Rot-Grün die Entwicklung der PDS in NRW stoppen.

In Sachen Bildungspolitik will Rot-Grün „die Trennung zwischen öffentlichem und privaten Bildungsantrag aufheben“⁴ und eine Bildungspolitik für Eliten und Hochbegabte betreiben und die Naturwissenschaften fördern.

Bei der Verkehrspolitik wird es bis zum Ende hart hergehen. Die SPD signalisierte eine Verständigung, wenn sie „eng an der SPD-Linie“ stattfindet⁵. Große Differenzen gibt es über das Nachtflugverbot bei der Flughäfen in Osnabrück/Münster und in Köln und über den Autobahnanschluss A42/A52 in Essen, den die Grünen mal verhindern wollten.

Die Grünen werden sich der NRW-Standortlogik der SPD fügen müssen und damit die wenigen Unterschiede zur FDP weiter verwischen. Der ehemalige grüne Landtagsabgeordnete Daniel Kreutz, der inzwischen seinen Austritt bei den Grünen erklärte, schrieb kürzlich in einem Kommentar: „Die gemeinsame Schwäche von Rot-Grün bleibt indes, dass da gegen die Erwartungen erheblicher Teile der ‚eigenen‘ Wählerschaft regiert wird, die an die Ziele der ‚alten‘ Lafontaine-SPD und der ‚alten‘ Grünen gebunden bleiben.“⁵ jöd

1 Kölnische Rundschau, 6.6.00;

2 Frankfurter Rundschau, 6.6.00;

3 dpa vom 3.6.00;

4 Kölner Stadt-Anzeiger, 5.6.00;

5 Neues Deutschland 3.6.00

Protest gegen drohende Abschiebung

Roma zwischen den Nationen

Seit einiger Zeit werfen Laserdrucker in den Innenministerien der Bundesländer vermehrt Ausreise-Aufforderungen in den Kosovo aus. Viele derjenigen, die es während des NATO-Bombenkrieges gegen Jugoslawien als Flüchtlinge bis in die BRD geschafft haben, wollen nicht freiwillig ausreisen. Da sie als mediengerecht bemitleidenswerte Opfer des Feindbildes Milosevic ausgedient haben, kommen sie in die deutsche Abschiebungsmaschinerie. Davon sind auch diejenigen bedroht, die nach dem Sieg der NATO vor dem nationalistischen Terror der UÇK flohen. So bekamen in Hamburg Ende April 870



Bild: FotoArchivKollektiv

Menschen Post von der Innenbehörde. Innensenator Hartmuth Wrocklage findet, die Leute könnten jetzt in den Kosovo zurück. Dabei haben auch diejenigen Ausreise-Aufforderungen bekommen, die bei den Behörden als Serben und Roma geführt werden – darunter alleine 400 als Roma Geflüchtete. Wrocklage betonte aber generös, sie würden nicht abgeschoben, „weil sie derzeit nicht gefahrlos zurückkehren können“. Der Roma National Congress (RNC), ein internationaler Dachverband für die Rechte von Roma mit Sitz in Hamburg, traut dieser Aussage nicht. Die negativen Erfahrungen geben dem RNC leider Recht. So beschloss der Hamburger Senat im September 1989, eine im März zuvor ausgesprochene befristete Duldung von 1500 Roma aus Jugoslawien und Polen nicht zu verlängern: 100 sollten bleiben dürfen, „alle anderen Roma und Sinti, die nach der Ablehnung ihrer Asylanträge ausreisepflichtig geworden sind, müssen das Bundesgebiet verlassen“. Der monatelange Kampf für ein Bleiberecht wurde damals von der Wiedervereinigung ausdrängt. Trotzdem wurde erreicht, dass viele Abschiebungen ausgesetzt wurden. Das war vor den antiziganistischen Pogromen von Rostock-Lichtenhagen 1992, die der Reduzierung

des Asylrechtes 1993 vorausgingen.

Während die BRD 1999 Krieg gegen Jugoslawien führte, waren Roma in den Medien häufig Objekt von Menschenrechtsmitleid – dafür mussten sie nur als heimatvertriebene Kosovaren ausgegeben werden. So wurden Roma zur Rechtfertigung der NATO-Bombardements benutzt. Viele der zu Beginn des Krieges im Fernsehen gezeigten Flüchtlinge waren Roma. Sie waren auf der Flucht vor den Kriegshandlungen, weil sie häufig zwischen die Fronten von UÇK und jugoslawischer Armee gerieten. Vor allem aber wurden von Roma bewohnte Stadtteile häufig von NATO-Bomben getroffen: Sie lagen als Armutsviertel oft in der Nähe von Fabriken, Flughäfen und Armeelagern. Aus Roma, die vor NATO-Bomben flohen, wurden medial Kosovaren, die vor Milosevic flüchten, gemacht. Nach dem

12. Juni hatten Flüchtende keinen Nachrichtenwert mehr. Dabei wurde nun von der UÇK der Großteil der als nicht-albanisch ausgrenzbaren Menschen planmäßig verjagt. Der Vorsitzende der Roma-Kongress-Partei aus Belgrad, Dragoljub Ackovic, ist überzeugt, dass die albanischsprachige Mehrheitsbevölkerung im Kosovo die Vertreibungen großteils gutheißen. Wer die Zugehörigkeit des Kosovo zu Jugoslawien befürwortete, wurde angegriffen: Alle, die sich im Kosovo einer Minderheit zurechnen und die ‚falschen‘ Sprachen serbokroatisch oder Romanes sprechen: Dann werden sie als Serben und Roma verfolgt. Die meisten flohen nach Serbien. Dort sind die Roma zwar nicht wie im Kosovo unter NATO-Aufsicht völlig recht- und schutzlos einem oft tödlichen Terror ausgesetzt, aber sie werden auch ausgegrenzt. So überfielen am 10. Mai laut Romnews Mitschüler und Skins eine 14-jährige Rom auf dem Schulweg zur Milan-Rakic-Schule in Belgrad. Sie sagten, dass „Zigeunerblut aus ihr fließen wird“, und stachen 17mal auf sie ein. Sie überlebte. Schulleiter und Lehrer hatten vorher Warnungen von ihr ignoriert. Die NGO Humanitarian Law Fund erklärte, ihr seien für 1999 noch 200 andere Überfälle auf Roma in Serbien bekannt. Trotzdem sind etwa 80.000 der früher 150.000 als Roma im Kosovo registrierten Menschen nach Serbien geflohen. Gegenüber dem Kosovo eine absolute Verbesserung. Der Humanitarian Law Fund in Belgrad hat fast 1.800 Berichte gesammelt, in denen als Roma nach Serbien Geflüchtete ihre Geschichten erzählen. Daraus geht hervor, dass die UÇK nach dem NATO-Sieg bei ihren Vertreibungsaktionen koordiniert vorging. Gegen alle, die sie als anders ausgrenzten, als

Serben und Roma. Auch gegen die Aschkali, die kein Romanes sprechen, sondern Albanisch – und sich als Albaner verstehen. Nach den rassistischen und ethnisierten Kriterien der UÇK sind sie Roma.

Die bundesdeutschen Ausländerbehörden wollen die jetzt im Kosovo verfolgten Minderheiten offiziell vorerst nicht abschieben. So sortieren und unterscheiden sie jetzt die Kosovo-Flüchtlinge in verschiedene Völker. Als Kriterium wird dafür die Sprache genommen oder die Angaben bei der Einreise. Da aber 1999 in der BRD kein Unterschied zwischen Albanern und Aschkali gemacht wurde, haben viele dies bei ihrem Asylantrag nicht erwähnt. Avdyl Jasku aus dem westfälischen Westerkappeln versteht sich als Aschkali – und hat Angst vor Abschiebung. Er erklärte gegenüber den *Westfälischen Nachrichten*: „In meinem alten Wohnort Zajm Kлина erwarten mich nur Trümmer. Es herrscht immer noch sehr viel Gewalt.“ Avdyl Jasku lebt zwar seit neuen Jahren in Westerkappeln, hat aber nur eine Duldung. Seit Otto Schily sich für verschärzte „Rückführungen“ in den Kosovo ausgesprochen hat, droht nicht nur den Kriegsflüchtlingen, die seit 1999 in der BRD, sind die Abschiebung. Viele, die wie Jasku seit Jahren hier leben, sollen beim Aufbau des NATO-Protektorates mitarbeiten. Schily verweist gerne auf die Aufbauhilfe der Bundesregierung für den Kosovo: 1999 in Höhe von 1,5 Milliarden Mark, dies Jahr 2,2 Milliarden Mark. Einzelne Bundesländer wie Berlin belohnen die freiwillige Ausreise mit 6000 DM pro Familie. Der Chef der Innenministerkonferenz ist der derzeitige Amtsinhaber in NRW, Fritz Behrens. Der erklärte letzte Woche, dass eine Rückkehr der Kosovo-Albaner möglich und nötig sei. Behrens gestand vorige Woche laut dpa den im Kosovo unerwünschten Minderheiten kein langfristiges Bleiberecht zu: „Serben, Roma und Aschkali werden derzeit allerdings geduldet.“ Pech nur, wenn sie ihren früheren Wohnort im ehemaligen Jugoslawien ein paar Kilometer zu weit östlich angeben und gegen das Aufenthaltsrecht verstößen, wie die Familien Zumberow. Obwohl sie seit 1988 in Duisburg lebten, wurde ihnen eine zeitweilige freiwillige Ausreise nach Mazedonien zum Verhängnis. Sie wollten damit der Abschiebung umgehen – vier Asylanträge hatten sie nacheinander gestellt, alle wurden abgelehnt. Nach zwei Jahren kehrten sie 1998 trotzdem nach Duisburg zurück. Und sind im April 2000 aus Angst vor der Abschiebung untergetaucht. Der Innenminister von NRW Behrens sieht keinen Ermessensspielraum: In diesem Fall sei eine Abschiebung unvermeidbar. Die Zumberows sind zur bundesweiten Fahndung ausgeschrieben. Auch Romani Rose vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma argumentierte vergebens dagegen: Als Roma moslemischen Glaubens hätten die Zumberows in Mazedonien mit besonderer Härte und Verfolgung zu rechnen.

Der RNC bemüht sich seit über zehn

Monaten sowohl bei Außenminister Joschka Fischer als auch bei Schily um einen Termin, um über das weitere Aufenthaltrecht für Roma aus dem Kosovo zu sprechen – vergebens. Rudko Kawczynski, der Sprecher des RNC, erklärte: „Wer Roma abschiebt, schickt sie in den Tod“.

Auf Initiative des RNC demonstrierten am 16. Mai in der Hamburger Innenstadt 800 Roma gegen Abschiebungen in den Kosovo und für ein dauerhaftes Bleiberecht für alle Roma-Flüchtlinge aus dem Kosovo (Bild S. 5). Weitere Forderungen waren die sofortige Aufhebung der Bewegungseinschränkung für Romaflüchtlinge in Deutschland und die Aufnahme von Romaflüchtlingen aus Mazedonien, Serbien und Montenegro in der BRD. Die protestierenden Roma blieben unter sich. Unter dem Aufruf standen zwar Bürgerrechtsorganisationen von Roma aus etlichen Ländern, aber niemand sonst.

Als Datum für den Protest wählte der RNC den 60. Jahrestag der ersten Deportation in Deutschland von Roma in Konzentrationslager: Die Bundesregierung solle „zu ihrer Verantwortung stehen“. Von Hamburg aus deportierten Nazis am 16. Mai 1940 Roma aus Norddeutschland in die Vernichtungslager in Polen. Die Geschichte der industriellen Ermordung von Roma in Deutschlands KZs wird wie die Shoah verdrängt. Niemand erinnert öffentlich an die Liquidierung des sogenannten Zigeunerlagers in Auschwitz in der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944: „Bis zuletzt hörte ich die Schreie und wußte, daß sie sich wehrten. Die Zigeuner schrien die ganze Nacht ... Sie haben bis zuletzt um ihr Leben gekämpft. In der Früh waren keine Zigeuner mehr im Lager.“ – Das bezeugte ein früherer KZ-Häftling aus einem benachbarten Block im Frankfurter Auschwitzprozess.

Das wichtige Anliegen, an diese verdrängte Geschichte zu erinnern, wird im Aufruf des RNC aber leider an einer Stelle konterkariert, wenn es heißt: „Der Holocaust an den Kosovo-Roma wird weder in den Medien thematisiert noch von denen zur Kenntnis genommen, die noch vor ein paar Monaten die ‚Menschenrechte auf dem Balkan‘ herbeibomben ‚wollten‘.“ So richtig es ist, die stillschweigende Akzeptanz für die Terrorisierung der Minderheiten im Kosovo unter NATO-Aufsicht anzuprangern, so falsch ist die Gleichsetzung der heutigen brutalen Verfolgungen mit der systematischen Vernichtungspolitik der Nazis.

Die Protestkundgebung war für den RNC ein erster Schritt. Für den Fall, dass den Ausreise-Aufforderungen Abschiebungen von Roma aus der BRD folgen, hat der RNC weitere Aktionen im ganzen Bundesgebiet angekündigt. Vielleicht protestiert die letzte Jahr gegen den NATO-Krieg aktive Friedensbewegung gegen die Abschiebungen in den Kosovo, anstatt sich nur mit der Frage zu beschäftigen, ob der NATO-Krieg völkerrechtlich erlaubt oder verbrecherisch war.

Gaston Kirsche (gruppe demontage)

Europäisches Tribunal

Urteil gegen Staats- und Regierungschefs der Nato-Staaten

Über 300 Menschen aus über 20 Ländern nahmen am 2./3. Juni in Berlin am „Europäischen Tribunal über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien“ teil. Wir veröffentlichen eine Presseerklärung zur Verurteilung der angeklagten Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten.

Das Europäische Tribunal über den NATO-Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien in Berlin hat nach zweitägiger Verhandlung am Samstag Abend sein Urteil verkündet. Die angeklagten Staats- und Regierungschefs der 19 NATO-Staaten, darunter Bundeskanzler Gerhard Schröder, Außenminister Joseph Fischer und Verteidigungsminister Rudolf Scharping, sind der schweren Völkerrechtsverletzung schuldig gesprochen worden. Das Urteil wurde von einer zehnköpfigen Spruchkammer, die unter Vorsitz des international renommierten Völkerrecht-



Anklage gegen den Nato-Krieg,
hier: Peter Gingold

lers Prof. Norman Paech stand, einstimmig gefällt.

Dem Urteil zufolge haben sich die Angeklagten der schweren Völkerrechtsverletzung schuldig gemacht. Beim Krieg der NATO gegen Jugoslawien im vergangenen Jahr handelte es sich Norman Paech zufolge um eine Aggression gegen einen souveränen Staat. Diese Aggressionshandlung habe gegen internationales Recht und Normen verstößen und sei zu keinem Zeitpunkt gerechtfertigt gewesen. Keinesfalls habe es sich um einen Akt der Nothilfe gehandelt.

Der Konflikt in der südserbischen Provinz wurde von dem Gericht als Bürgerkrieg bewertet. Die Situation im Kosovo sei in den hiesigen Medien und von verantwortlichen Politikern übertrieben dramatisiert und verfälscht worden. Letztendlich aber habe die NATO-Intervention zu einer Verschlimmerung geführt.

Das westliche Militärbündnis habe bei ihrem Krieg gegen Jugoslawien zudem gegen den NATO-Vertrag verstößen. Zudem habe die Bundesregierung sowie diejenigen Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die für eine Beteiligung der Bun-

deswehr gestimmt hatten, gegen den 2+4-Vertrag, das Grundgesetz sowie Normen des Strafgesetzbuches verstößen, heißt es in dem Urteil.

Zwar könne den angeklagten Bundestagsabgeordneten keine direkte Schuld nachgewiesen werden in Bezug auf die Kriegsführung der NATO und insbesondere die Angriffe auf zivile Ziele und gegen die Bevölkerung Jugoslawiens. Erschwerend sei allerdings, dass sie nichts gegen die Rechtsverstöße unternommen hätten, nachdem das Ausmaß des Krieges und seine Folgen bekannt geworden sind.

Verurteilt wurde insbesondere auch der Einsatz international geächteter Waffen (Cluster- bzw. Splitterbomben) sowie mit abgereichertem Uran versehene Munition. Der Angriff auf das Sendegebäude des serbischen Staatsfernsehens RTS sei ebenfalls zu verurteilen. Letztendlich handele es sich um einen Eingriff in die Informationsfreiheit.

Die von den Teilnehmern des Tribunals mit anhaltendem Applaus aufgenommene Urteilsbegründung schloss mit den Worten: „Krieg darf nicht das Modell für eine neue Weltordnung abgeben. Krieg darf nicht wieder Mittel der Politik sein.“

Europa auf dem Weg zur Militärmacht

Reformierte Bundeswehr ergänzt Interventionsfähigkeit der EU

Zu Beginn des Treffens der NATO-Außenminister am Mittwoch in Florenz beruhigte NATO-Generalsekretär Sir Robertson die amerikanischen Freunde, sie müssten „keine Angst vor einer EU-Armee“ haben. Hochrangige US-Politiker hatten in letzter Zeit große Besorgnis darüber geäußert, daß die europäischen Bestrebungen für eine unabhängige europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik die NATO (und damit die führende Rolle der USA in Europa) unterminieren würden. Robertson betonte: „Wenn die Europäer ihre (militärischen) Fähigkeiten verbessern, dann ist die NATO in einer Situation, in der sie nur gewinnen kann, denn die NATO profitiert von der zusätzlich gewonnenen Stärke, und die USA werden nicht in jeden kleinen Konflikt oder in jede kleine Krise hineingezogen, mit der die Europäer alleine fertig werden können.“

So einfach dürfte der transatlantische große Bruder jedoch nicht zu beruhigen sein, schließlich geht es um seinen Einfluss bei der Neuordnung Europas. Darin, daß ausgerechnet vor der NATO-Frühjahrstagung der Weizsäcker-Bericht über die Strukturreform der Bundeswehr in Umlauf kommt, sieht die *Neue Zürcher Zeitung* eine unheilvolle „Signalwirkung nach außen“, in Richtung Amerika, wo doch die „europäischen Bündnispartner einmal mehr mit amerikanischem Unmut

über eine Reihe von Irritationen rechnen müssen“. In den USA hätte man zum Beispiel den „jämmerlichen Auftritt der Europäer in den Balkan-Kriegen nicht vergessen“, und es herrsche kein Zweifel, daß man das „Unvermögen der Europäer, endlich Konsequenzen daraus zu ziehen, mit beträchtlicher Unruhe verfolgt“. Erschwerend käme hinzu, daß auch der Weizsäcker-Bericht keine Antwort auf die Frage gäbe, „wie Deutschland im Verbund mit seinen europäischen Allianzpartnern diesen Zustand ändern will“.

Ganz anderer Meinung ist da François Heisbourg, der Leiter des Genfer Zentrums für Sicherheitspolitik, in einem Meinungsartikel in der *International Herald Tribune*. Er sieht in der Umstrukturierung der Bundeswehr einen bedeutenden Durchbruch in Richtung der neuen Verteidigungspolitik der EU. Sie würde Europa in die Lage versetzen, genau die „Fähigkeiten zur Projizierung seiner militärischen Macht“ zu entwickeln, die Amerika die ganze Zeit verlangt hat.

In der Tat spricht sich der Bericht der Bundeswehrstruktur-Kommission für eine grundlegende Erneuerung der Streitkräfte und eine Reduzierung der Mannschaftsstärke bei gleichzeitiger Beibehaltung der Wehrpflicht für nur 30 000 Mann aus. Dabei kommt die Kommission zum Schluß, daß die von Freunden umzingelte Bundeswehr die Erfüllung ihres neuen Auftrags nicht gewährleisten kann. Der heißt nämlich, „im Bündnisrahmen Einsatzkräfte zur Krisenbewältigung bereitzustellen“, was nichts anderes bedeutet, als die Bundeswehr für weltweite Interventionsabenteuer fit zu machen. Deshalb möchte die Kommission die Mannschaftsstärke der Bundeswehr in den nächsten fünf Jahren von jetzt 320 000 auf 240 000 Soldaten reduziert sehen, von denen aber 140 000 für „Krisenreaktionskräfte“ bereitstehen sollen.

Statt das Geld für eine aufgeblähte Wehrpflichtigenarmee auszugeben, sollen die mit etwa 50 Milliarden DM jährlich unverändert bleibenden Rüstungsausgaben in Zukunft auf Material für die „Kriseninterventionsfähigkeit“ der Truppe konzentriert werden. Deshalb und weil der Anteil der Wehrpflichtigen in der Bundeswehr zur Bedeutungslosigkeit zusammenschrumpft, „wird die Fähigkeit Deutschlands“, seine Streitkräfte in ferne Länder zu entsenden, „genauso professionell und flexibel werden wie die Frankreichs und Großbritanniens“, jubelt Heisbourg.

Rainer Rupp

Italien

Referenden gescheitert – Fronten in Bewegung

Hochkant und über alle Erwartungen hinaus sind am 21. Mai die sieben Referenden gescheitert, die von der Radikalen Partei betrieben worden waren. In allen

Fällen wurde die Mindestzahl an Abstimmenden weit verfehlt. Dennoch wäre der Eindruck falsch, dass nicht viel passiert ist. Kompliziert wird die Lage allerdings dadurch, dass die einzelnen Themen der Referenden bezüglich Wahlrecht, Abschaffung sozialer Rechte, Justiz u.a. sehr unterschiedlich und auch die politischen Fronten uneinheitlich und in sich widersprüchlich waren.

Konzentriert hatten sich Aufmerksamkeit und Auseinandersetzungen vor allem auf zwei Themen:

Bezüglich des Wahlrechts zum Parlament war die Abschaffung des noch bestehenden Proportionalanteils (heute 25% der Sitze der Abgeordnetenkammer) zugunsten eines reinen Mehrheitswahlrechts gefordert. Ziel war und ist dabei ein zweipoliges System nach US-Vorbild unter Ausschaltung bzw. Unterordnung aller kleineren politischen Kräfte. Dieses Vorhaben ist an der mangelnden Beteiligung gescheitert. Hauptverlierer waren hier aber nicht die Radikalen, auch nicht Alleanza nazionale oder der Industriellenverband Confindustria, der zu „7 mal Ja!“ aufgerufen hatte. Hauptverlierer waren die Linksdemokraten (DS). In dieser größten Regierungspartei, die ihre gesamte Politik um eine Wahlrechtsänderung im Sinne des Referendums gruppiert hatte, ist eine schwere Krise aufgebrochen. Erst vor einem Monat hat sie bei den Regionalwahlen eine schwere Niederlage erlitten, die ihren Ministerpräsidenten D'Alema zum Rücktritt zwang. Mit welchen Konzepten sie die Wahl im nächsten Jahr bestehen will, ist unklar. Ihre Strategie, eine Art Demokratische Partei nach US-Vorbild aufzubauen, greift nicht und hat in den vergangenen Jahren zu riesigen Wählerverlusten geführt. Auch innerhalb der Partei wird heute kritisiert, dass nach der Auflösung der Kommunistischen Partei vor zehn Jahren die eigene Geschichte und eigene Identität abgeschnitten und darüber dann auch die Verbindung mit der eigenen Basis verloren wurde.

In sozialer Hinsicht stand der Kündigungsschutz als Teil des Arbeiterstatus von 1970 zur Abstimmung. Das Referendum Nr. 6 forderte die Abschaffung des Kündigungsschutzes: auch bei einer (gerichtlich festgestellt) unzulässigen Kündigung sollte kein Recht auf Rückkehr an den Arbeitsplatz mehr bestehen – die Kündigungsfreiheit als ein brutaler Hebel gegen soziale Rechte überhaupt. Hier hatte es in den vergangenen Monaten eine breite soziale Mobilisierung gegeben, die sich auch im Abstimmungsergebnis niederschlug: In dieser Frage stimmten nicht nur mehr Leute ab als in der Wahlrechtsfrage (ca. 14,8 Millionen zu 14,2). Auch das Stimmergebnis selber war eine klare Ablehnung: zwei Drittel stimmten nein, ein Drittel ja. Und diese Ergebnisse kamen nicht nur aus den traditionellen „roten“ Zonen, sondern auch z.B. aus dem Norden, wo die Rechte in den letzten Jahren politische Erfolge feierte. *rok*

Über die Arbeit eines Hadep-Bürgermeisters

Im letzten Jahr traten der Bürgermeister und der Schulleiter von Carikli an den GEW-Kreis Nordbaden mit der Bitte um eine Unterstützung für Kinder heran. Sie schickten eine Liste mit den Namen von hundert Mädchen und Jungen, deren Eltern nicht in der Lage sind, Schuluniformen, Schuhe, Hefte, Stifte und Bücher zu kaufen. Die Gemeinde würde den genannten Kindern gerne die nötigen Sachen für die Schulzeit und ein Essen am Tag (ein Glas Milch und einen Sesamkringel) stellen. Aber wegen der fehlenden finanziellen Mittel sei sie dafür auf Unterstützung von außen angewiesen. Wir konnten aus Karlsruhe dieser Bitte nachkommen.

Im April dieses Jahres war Carikli, ein Ort ca. 20 Kilometer südlich von Diyarbakir an der Straße nach Mardin gelegen, deshalb Ziel unserer Reise.

Im letzten Jahr wurde bei den Kommunalwahlen Sefik Türk als Kandidat der Demokratischen Volkspartei (Hadep) in Carikli zum Bürgermeister gewählt. Zu Sefik Türk bestehen lange Kontakte. Er war früher Lehrer und bis Ende 1998 im Vorstand von Egitim Sen, der Lehrergewerkschaft in Diyarbakir. Im November 1998 besuchte er zusammen mit anderen Gewerkschaftskollegen der Gewerkschaftsverbandes KESK auf Einladung des DGB Karlsruhe und Heidelberg sowie der GEW Hamburg die Bundesrepublik. Damals erzählte er schon, dass auch er zwangsversetzt worden sei. Da er dieser Zwangsversetzung in den Westen der Türkei nicht nachkam, musste er seinen Beruf als Lehrer aufgeben und begann in der Hadep zu arbeiten.

Der Ort Carikli wurde erst bei den Kommunalwahlen 1999 zum Bürgermeisterbezirk. Vorher gehörte er zum Stadtgebiet Diyarbakir. In Carikli wohnen etwa 6.500 Menschen. Vor 15 Jahren lebten hier nur 100 bis 150 Menschen nahe der Überlandstraße und unten am Tigrisufer. Mit dem Krieg begann in den kurdischen Gebieten die Landvertreibung durch das Militär. Wer konnte, verkaufte oft sein Hab und Gut in den Dörfern und versuchte, sich in der Nähe der Großstädte anzusiedeln. Andere kamen nur noch mit leeren Händen. Die paar Großgrundbesitzer aus Carikli, die in Istanbul leben, verkauften hier und dort ein paar Flecken Land. So entstand weit verstreut ein kleiner Weiler nach dem anderen, über 25 an der Zahl. Es bildete sich auch ein Ortskern heraus, der sich von der Straße zum Tigris hinunterzieht. Was vorher die Fabriksiedlung einer mittlerweile stillgelegten Textilfabrik war, mutierte so zu einer neuen Kommune.

Außer einigen kleinen Handwerksbetrieben wie z.B. einer Brotbäckerei gibt es keine Arbeitsmöglichkeiten in Carikli. Die meisten Familien leben von Saisonar-

beiten, bspw. bei der Baumwollernte im Westen der Türkei. Andere verdienen sich als Tagelöhner in Diyarbakir.

Die Einsetzung des neuen Bürgermeisters in Carikli vollzog sich recht unspektakulär. Er erhielt vom Gouverneur lediglich die Ernennungsurkunde. Das war's! Es fehlte alles in Carikli: kommunale Räume bspw. für ein Bürgermeisteramt, eine Müllabfuhr, Müllcontainer, Wasserleitungen, Abwasserentsorgung usw., Angestellte oder Gemeindearbeiter gab es auch nicht.

Von der zuständigen türkischen Staatsbank erhält die Gemeinde umgerechnet monatlich 12.000 DM. Damit sollen alle Ausgaben gedeckt werden, angefangen vom Gehalt des Bürgermeisters und der kommunalen Angestellten über Müllabfuhr bis hin zu den nötigen Infrastrukturmaßnahmen wie Wasser- und Abwasseranlagen, Straßenbau usw.

Es war nicht leicht für den neuen Bürgermeister Türk, Räume für ein Bürgermeisteramt zu finden, da die ersten Mietversuche von Sicherheitskräften hintertrieben wurden. Nach einem Monat war endlich ein Haus mit zwei Räumen gefunden und für ein Jahr angemietet worden. Sefik Türk war froh, als er uns am letzten Besuchstag berichten konnte, dass der Vertrag um ein weiteres Jahr verlängert werden konnte. Sein Antrag beim Gouverneur in Diyarbakir auf Einstellung von Angestellten versandete. Es gibt bis heute keine. In einem Interview beschrieb Sefik Türk seine Aufgabengebiete mit: „Ich bin Bürgermeister, Angestellter und Gemeindearbeiter“. Freiwillige aus seiner Kommune helfen aus. Ohne sie würde es gar nicht gehen. Hadep-Mitglieder renovierten das Bürgermeisteramt.

In Versammlungen in den vielen kleinen Ortsteilen wurden als erste kommunale Entscheidung Straßennamen und Hausnummern vergeben, damit überhaupt Post zugestellt werden kann. Das war auch eine Maßnahme, die nicht viel Kosten verursachte, die Straßennamen und Hausnummern wurden mit Farbe auf die Wände geschrieben. Dann machte sich Sefik Türk daran, die Straßen und Wege des Ortes auszubessern. Sand wurde dazu vom Tigrisufer geholt, und aus Diyarbakir stellte der dortige Hadep-Bürgermeister dafür Fahrzeuge und Schotter zur Verfügung. Es wurden mehrere Müllcontainer aufgestellt. Aus Diyarbakir kommt einmal in der Woche ein Müllfahrzeug für den Abtransport.

Die größten Probleme sind aber die Wasser- und Abwasserversorgung. Kaum ein Ortsteil hat fließend Wasser. Wir haben Mädchen gesehen, die vom Tigris Wasser in Behältern heranschafften. Nach mehrmonatigem Sparen des kompletten Gemeindehaushalts konnte die bestehen-



de Wasserleitung im Ortskern repariert werden und mehrere kleine Wasserreservoirs bei fünf Weilern gebaut werden. Dorthin wird das Wasser hochgepumpt. Das Ziel ist, alle Ortsteile an die Wasserversorgung anzuschließen.

Da Carikli am Tigrisufer liegt, entsteht ein weiteres Problem im Sommer durch Stechmücken und -fliegen. Diese übertragen Krankheiten. Ein notwendiges Insektivenvernichtungsprogramm gibt es bislang nicht.

Zwei Wünsche äußerte Bürgermeister Türk am Ende unseres Besuchs. Eine Wasserpumpe und eine Vorrichtung zur Insektivenvernichtung. Beides kostet in der Türkei jeweils rund 10.000 DM. Beträge, über die jede Kommune in Deutschland nicht groß diskutieren würde. In Carikli aber fehlt das nötige Geld, um die Lebensqualität der Menschen zu verbessern.

Deutlich zu sehen für uns war, dass die Bewohner Cariklis große Hoffnungen auf die Hadep setzen. Erstmals wird für ihre Belange etwas getan. Nicht dass der türkisch-kurdische Konflikt so gelöst wäre, aber die Hadep setzt sich für die Menschen ein und schafft kommunale Selbstverwaltungsstrukturen. Das ist ein großer Beitrag für die Demokratisierung der Türkei, den es zu unterstützen lohnt. rub



Australiens schwierige Versöhnung mit den Aborigines

Am 28. Ma. sind über 150 000 Personen von der Nordseite des Hafens von Sydney über die „Harbour Bridge“ nach Süden spaziert. Der vier Kilometer lange „Marsch für die Versöhnung“ sollte der Welt zeigen, dass eine große Zahl von Australiern den Versöhnungsprozess zwischen Weiß und Schwarz unterstützt. Die Brücke war erst zum vierten Mal in ihrer 67-jährigen Geschichte für einen ganzen Tag für den Verkehr gesperrt worden. Viele Teilnehmer trugen die Aboriginal-Flagge und Transparente mit, auf denen das in diesen Wochen oft zitierte Wort „sorry“ zu lesen war. Selbst am Himmel war das Wort zu lesen. Die friedlich verlaufene Großdemonstration bildete den Abschluss einer Reihe von Anlässen, die der „Rat zur Versöhnung mit den Aborigines“ organisiert hatte und im Laufe deren viel von einer Entschuldigungserklärung die Rede war.

Stoiber in Mazedonien

Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) hat einen intensiven Aufbau ziviler und demokratischer Strukturen in Kosovo gefordert. Bei einem Besuch im benachbarten Mazedonien sagte er am Dienstag zu, er werde dies in Deutschland stärker ins Bewusstsein rücken. Stoiber sagte in einem Gespräch mit dem mazedonischen Ministerpräsidenten Ljubco Georgievski auch, auf Dauer reiche die Anwesenheit der Friedenstruppe KFOR nicht aus, die Voraussetzungen für einen demokratischen Wiederaufbau in Kosovo zu schaffen. Beide Politiker betonten, Mazedonien und Bayern seien strategische Partner. Stoiber sagte, er wolle für Investitionen in Mazedonien werben, das in der Folge des Kosovo-Konfliktes zu einem Pfeiler der Demokratie geworden sei. „Ein gute wirtschaftliche Entwicklung Mazedoniens ist auch im Interesse Bayerns, Deutschlands und Europas“, sagte er.

Das Land sei ein berechenbarer Partner der NATO und gegen das Regime des jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic. Stoiber ist zu zweitägigen Gesprächen in Mazedonien und Montenegro. Bayern will die Zusammenarbeit mit der südosteuropäischen Krisenregion vertiefen. (Quelle: Kosovo Info Line)

Chirac fordert Balkangipfel

Die Probleme im ehemaligen Jugoslawien zu lösen, erklärte gestern Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac, sei eine der wichtigsten Herausforderungen für die EU. In einer Grundsatzrede zur europäischen Außen- und Verteidigungspolitik vor Parlamentariern der Westeuropäischen Union schlug er daher vor, einen Balkangipfel einzuberufen. Chirac plädierte für eine entschlossene Strategie auf dem Balkan, schon weil die aus dem ehemaligen Jugoslawien hervorgegangenen Staaten den Anspruch erheben könnten, eines Tages der EU beizutreten. Diese Strategie zu definieren und zur Konfliktlösung beizutragen erklärte der Präsident zu einem der vorrangigen Ziele der am 1. Juli beginnenden EU-Präsidentschaft Frankreichs. Nachdrücklich lobte Chirac die vorbildliche Arbeit des Eurokorps, das unlängst das Kommando der Kosovo-Friedenstruppen übernommen hat. Im Bosnien- wie im Kosovo-Konflikt sei deutlich geworden, dass Europa als einzige Macht der Region den Frieden garantieren könne. Den zweiten Schwerpunkt will Chirac beim Ausbau der „europäischen Verteidigungssolidarität“ setzen, ohne die „Europa als politisch Handelnder“ seiner Meinung nach auf der internationalen Bühne an Gewicht verlöre. In diesem Zusammenhang forderte Frankreichs Präsident, bis 2003 nicht nur eine europäische Krisenreaktionstruppe von 60.000 Mann aufzustellen, sondern auch eine gemeinsame Kommandostruktur und einen eigenen Nachrichtendienst einzurichten sowie den Bau eines europäischen Transportflugzeugs in die Wege zu leiten. (Quelle: Neue Ruhr Zeitung)

Nord/LB übernimmt Bank in Lettland und plant weitere Käufe

Die Nord/LB will sich mit der Übernahme der First Latvian Commercial Bank auf den Ostseeraum konzentrieren. Lauterativ sind für sie vor allem deutsche Unternehmen, die in Lettland investieren. Seinen strategischen Sinn bekommt das Engagement gerade erst durch die Nord/LB-Kunden. Mit über 20% ist Deutschland der wichtigste Handelspartner Lettlands; das Volumen steigt jährlich um rund 10%. Produkte für ca. 1 Mrd. DM wurden 1999 von Deutschland nach Lettland exportiert. Neben der Handelsfinanzierung will die Nord/LB auch Unternehmen bei Investitions in der Ostseeregion begleiten und hofft auf einige Projektfinanzierungen. Außerdem lockt die Nähe zu Russland. In spätestens

fünf Jahren werde der EU-Beitritt Lettlands zumindest politisch entschieden sein, glaubt der Nord/LB-Chef, und das bedeute „enormes Wachstum“. Auch Herlyn hält die Region politisch inzwischen für stabil. Zwar wechselten des öfteren die Gesichter, aber vom marktwirtschaftlichen Kurs sei das Land nicht abgekommen. Dazu sei der Drang der Bevölkerung in die EU viel zu groß. Die neue Akquisition ist das vierte Engagement der Nord/LB rund um die Ostsee – nach Filialen in Stockholm und Vilnius sowie einer Niederlassung in Warschau. Weitere Standorte dürften folgen. Bodin hat weiter einen Zukauf in Polen im Auge. Dort zeigt sich, was passiert, wenn man zu spät kommt: Die Kaufpreise seien bereits „enorm“ und unter Renditegesichtspunkten nicht mehr zu rechtfertigen. (Quelle: Handelsblatt)

Deutsche Bank verkauft BIG-Anteile in Polen

Die Deutsche Bank AG hat den Kampf um die Übernahme der polnischen BIG Bank Gdanski SA aufgegeben. Bis Ende kommender Woche, so hieß es vor der Presse in Warschau, werde man den Anteil von knapp 20% an den Banco Commercial Portugues (BCP) und andere europäische Investoren verkaufen. Die Vertreter der Deutschen Bank unterstrichen in Warschau, der Rückzug habe rein geschäftliche Gründe und vollziehe sich nicht unter politischem Druck. Es ist bekannt, dass die polnische Regierung und das Schatzministerium eine mögliche Übernahme der BIG Bank Gdanski nicht gern gesehen hätten. Weiter sagte die Deutsche Bank, die seit Monaten anhaltende öffentliche Diskussion und die eingeleiteten gerichtlichen Schritte seien nicht nützlich. Lange Zeit sah die Deutsche Bank wie der sichere Sieger aus. Schon vor Wochen war es ihr gelungen, mit anderen Anteilseignern wie der RZB, der Bank J. Baer, der Union Bancaire Privée, der Bank J. Vontobel sowie Nomura unter Duldung durch die Vertreter des Versicherers PZU eine neue Zusammensetzung des Aufsichtsrates durchzusetzen, der anschließend auch die Positionen im Bankvorstand neu verteilte. Allerdings fochten der bisherige Vorstand und die ihn stützenden Aktionäre die Abstimmungsergebnisse vor Gericht an und erreichten damit eine einstweilige Verfügung. Durch diese wurde die Amtsübernahme seitens des neuen Vorstandes unmöglich gemacht. Die Vertreter der Deutschen Bank erklärten, der Ausstieg bei der BIG Bank Gdanski bedeute nicht, dass man sich vom polnischen Markt zurückziehe. Vielmehr wolle man das Geschäft der Tochtergesellschaft Deutsche Bank Polska SA ausbauen. Die Bank besitzt außerdem 90 % der Anteile an der stark sanierungsbedürftigen Krakauer Bank für regionale Zusammenarbeit. (Quelle: Handelsblatt)

Zusammenstellung: hav

Am 27. Mai, 14 Tage vor Beginn der Fußball-EM, starteten Gewerkschaften und kirchliche Gruppen unter dem Motto „Fit for Fair“ eine bundesweite Kampagne gegen die menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen in den adidas-Zulieferbetrieben in Asien, Mittelamerika und Osteuropa. Sie sammeln Unterschriften und alte adidas-Produkte, die sie vor der EM in einem Sternlauf nach Herzogenaurach, bringen und damit vor den Betriebstoren von adidas demonstrieren wollen. Sie unterstreichen damit ihre Forderungen nach ausreichenden Löhnen, festen Arbeitszeiten, sicheren Arbeitsbedingungen und Verträgen. In Spanien kippten Demonstranten alte Turnschuhe vor die adidas-Werkstore, in Belgien demonstrierten im April und Mai ca. 50.000 Menschen gegen adidas.



5000 DM Verwarnung für Kriegsgegner

Am 30.5. fand im Amtsgericht Ludwigshafen der Prozess gegen Bernhard Dönig statt, der letztes Jahr am 1. Mai gegen den Auftritt Scharpings auf der 1. Mai-Veranstaltung mit einem T-Shirt „Mörder Scharping“ protestiert hatte. Etwa 30 Menschen wohnten der Verhandlung bei. Ein politischer Prozess sollte es nicht werden. Scharping wie auch der DGB-Vorsitzende Ludwigshafen hatten auf eine Anzeige verzichtet. Angeklagt war er wegen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte in Tateinheit mit Körperverletzung. Der als Zeuge geladene DGB-Vorsitzende Ludwigshafen Brunold belastete den Angeklagten schwer. – Die Staatsanwältin plädierte für die recht hohe Strafe von 60 Tagessätzen zu je 40 DM, wären 2.400 DM. Diese Strafe sei nötig, um dem Angeklagten zu verdeutlichen, dass er seine andere Ansicht nicht auf diese Art und Weise verdeutlichen dürfe. Döning's Rechtsanwalt plädierte auf Freispruch und verwies auf den wichtigen Hintergrund des Strafverfahrens, nämlich eines Angriffskrieges durch die BR Deutschland. Ein solcher Vorgang führe naturgemäß zu scharfen Formen der Meinungsausübung innerhalb der Gesellschaft. Außerdem zweifelte er an der Verhältnismäßigkeit des Vorgehens der Polizei (Fesselung) und daran, dass das Wehren des Angeklagten die Qualität des Widerstands erfülle. Das Urteil schließlich lautete: 50 Tagessätze à 100 DM als Verwarnung – ausgesprochen für die Dauer von zwei Jahren. Ein weiterer Prozess steht noch aus. (nach: KIM 11)

Protest gegen Abschiebungen und Flughafenverfahren in Frankfurt

Am 27. Mai gab es im Terminal 1 des Frankfurter Flughafens ebenso wie in den Flughafengebäuden von Hamburg, Köln (Bilder; aus: LBK 12) und München Protestaktionen gegen die unmenschlichen Abschiebungen. Fast 300

waren aus Frankfurt und anderen Orten, einige auch aus Mannheim, gekommen, um die „mörderische Stille der Abschiebemaschinerie zu durchbrechen“, wie ein Transparent treffend das Ziel des Protests gegen den alltäglich gewordenen Abschiebетerror auf dem Frankfurter Flughafen formulierte. Von Frankfurt werden mehr als 10.000 Menschen alljährlich abgeschoben, etwa die Hälfte durch die Lufthansa. Nach offiziellen Angaben wehren sich 10 Prozent der Flüchtlinge, gegen ihre Abschiebung. Viel zu selten wird dieser Widerstand in der Öffentlichkeit bekannt. Innerhalb eines Jahres



kamen bei gewalttätigen Abschiebungen aus Frankfurt bzw. aufgrund der mörderischen Verhältnisse auf dem Frankfurter Flughafen drei Menschen zu Tode. Die bundesdeutschen Abschiebe-Bürokraten ignorieren zynisch die Folgen ihrer Praxis und verschärfen noch ihren Abschiebетerror. Herbert Leuninger von Pro Asyl sagte in einer Rede, während der rot-grünen Regierungszeit seien am Flughafen Frankfurt mehr Menschen interniert worden als unter der Vorgängerregierung. Er rief dazu auf, für die Abschaffung des Flughafenverfahrens zu kämpfen. Eine Forderung, die für jeden human

empfindenden Menschen selbstverständlich sein muss! Und doch ist sie angesichts des sich verfestigenden staatlichen Rassismus und des rassistischen Konsenses in großen Teilen der deutschen Bevölkerung sicher nicht einfach durchzusetzen. Der Protest gegen die bundesdeutsche Abschiebepraxis auf den Flughäfen in Frankfurt und in anderen Städten am 27. Mai hat jedenfalls ein deutliches Zeichen gesetzt für eine Gesellschaft ohne Rassismus und Ausgrenzung. Es bleibt zu hoffen, dass er noch stärker wird, damit endlich die Deportationen und Internierungen von Flüchtlingen aufhören! (Nach: ARI Mannheim, KIM 11) – Ein Bündnis in Berlin plant am 1. Juli Protestaktionen gegen Abschiebungen am Flughafen Schönefeld. (Weitere Infos: unter: <http://blockade.ods.org/>)

Endergebnis: Volksbegehren „Macht braucht Kontrolle“

Das Volksbegehren „Macht braucht Kontrolle“ ist gescheitert. Statt der erforderlichen zehn Prozent trugen sich bayernweit 3,1 Prozent der Stimmberechtigten (ca. 300.000) in die Listen ein. Die zweiwöchige Eintragungsfrist endete am Montag Abend (22. Mai). Spitzenreiter unter den kreisfreien Städten ist Memmingen mit 5,9 %, gefolgt von München mit 5,8 % und Kempten mit 4,9 %. Die besten Landkreise sind Dachau und München-Land mit je 5,8 %. Folgende Gemeinden melden Endergebnisse über zehn Prozent: Icking (Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen), Grafrath, Schöngeising, Kottgeisering (alle Landkreis Fürstenfeldbruck), Glonn (Landkreis Ebersberg), Bernried (Landkreis Weilheim-Schongau), Neustadt am Kulm (Neustadt an der Waldnaab) und Lauben (Landkreis Oberallgäu). „Die Zehn-Prozent-Hürde für Volksbegehren in Bayern ist einfach zu hoch und verhindert Bürgermitbestimmung.“ sagte Thomas Mayer, Geschäftsführer von Mehr Demokratie. „In der Schweiz wäre das Ergebnis ein bombastischer Erfolg gewesen, denn

dort reichen 100.000 Unterschriften innerhalb von 18 Monaten für die Einleitung eines Volksentscheids. Wir haben die öffentliche Diskussion zu spät begonnen, hatten zu wenig Aktive und zu wenig Geld. Die Argumente waren auf unserer Seite, doch zu wenig Menschen kannten sie.“ Ziel des Volksbegehrens „Macht braucht Kontrolle“ ist ein unparteiisches Verfassungsgericht, das vor Machtmissbrauch der Politiker schützt. Das Volksbegehr sieht vor, dass die obersten bayerischen Richter mit Zwei-Dritt-Mehrheit des Landtages gewählt werden. Bisher wählt die CSU 32 der 38 Münchner Verfassungsrichter mit ihrer einfachen Mehrheit. Thomas Mayer: „Die Wunde der fehlenden Gewaltenteilung in Bayern kann jetzt nicht geheilt werden. Das Problem bleibt auf dem Tisch.“ (MLB 11)

JVA Bruchsal untersagt Briefkontakt mit Redskin

Die Leitung der JVA untersagte Anfang Mai den Briefkontakt zwischen dem in Bruchsal inhaftierten Redskin Thomas Meyer-Falk und der Anarchist Black Cross (ABC) Innsbruck, die eifrig und öffentlichkeitswirksam gegen die Sonderhaftbedingungen des antifaschistischen Gefangenen protestiert. Im Schreiben des Anstaltsleiters an ABC Innsbruck heißt es: „Nach §28 Abs. 2 des Strafvollzugs gesetzes ... kann der Anstaltsleiter den Schriftwechsel mit bestimmten Personen untersagen, wenn erstens die Sicherheit oder Ordnung der Anstalt gefährdet würde und zweitens bei Personen, die nicht Angehörige des Gefangenen ... sind, zu befürchten ist, dass der Schriftwechsel einen schädlichen Einfluss auf den Gefangenen haben oder seine Eingliederung behindern würde. Aus der Überwachung des Schriftwechsels ist hier bekannt geworden, dass Sie ein führendes Mitglied einer Organisation sind, in deren Namen Mitglieder aus Frankreich im Dezember 1999 dort in Zusammenhang mit Protestaktionen gegen die Haftbedingungen des Strafgefangenen Straftaten verübt haben. Des Weiteren liegen hier Erkenntnisse vor, dass Sie im Zusammenwirken mit dem Strafgefangenen im August 2000 einen weiteren Aktionstag planen.“ ABC Innsbruck fordert zu Protestschreiben u.a. an folgende Adressen auf: Petitionsausschuss des Landtags, Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart, Fax 0711 / 2 06 35 40; JVA Bruchsal, Schönbornstr. 32, 76646 Bruchsal, Fax. 0 72 51 / 78 82 99

Breites Bündnis demonstrierte gegen NPD in Passau

Ein breites Bündnis hat am 27. Mai gegen den „Tag des Nationalen Widerstands“ der NPD in Passau demonstriert. Völlig gescheitert ist allerdings eine Blockade der Nibe-

lungshalle, zu der über 500 Unterzeichner aus ganz Deutschland, darunter viele Prominente, aufgerufen hatten. Lediglich knapp 150 Antifaschisten fanden sich um 8 Uhr früh vor der Halle ein, die prominenten Unterzeichner fehlten dagegen. Bei der Räumung der Blockade durch die Polizei wurden mehrere Teilnehmer durch den Einsatz von Pfefferspray verletzt und mussten ins Krankenhaus gebracht werden. Mehrere Hundertschaften der Polizei wurden zum Schutz der NPD eingesetzt. Bei Kontrollen entlang der Zufahrtsstraßen wurden 1.136 Fahrzeuge gestoppt. – Zu einem Sternmarsch hatte das Passauer Komitee für kritische Öffentlichkeit aufgerufen. Während nur wenige Teilnehmer sich an den Treffpunkten der Gewerkschaften, kirchlichen Gruppen und Passauer Bürger einfanden, bildeten über 2.000 Mitglieder der Antifaschistischen Aktion und der PDS einen großen Demonstrationszug. Auf der gemeinsamen Abschlusskundgebung forderte der Hauptredner Michel Friedmann vom Zentralrat der Juden in Deutschland dazu auf, „eine Gesellschaft aufzubauen, in der alle Menschen gleichberechtigt ihren Platz haben“. – Mit 4000 Teilnehmern aus ganz Deutschland, Österreich und der Schweiz nahmen weniger Rechtsextreme an der Versammlung der NPD teil als erwartet. Für NPD-Chef Voigt war es allerdings ein Erfolg, dass „erstmals Nationalisten mehr Menschen auf die Straße bringen als die gewaltbereite linke Szene“. Erst wenn der Kampf um die Straße endgültig für die nationale Sache entschieden sei, sei der Kampf um die Parlamente mit Aussicht zu führen, erklärte Voigt das strategische Konzept der NPD. (Nach: MLB 11)

Demonstration in Leverkusen: Entschädigung jetzt!

Am 20.5. erlebte Leverkusen erstmalig in seiner Geschichte eine Demonstration gegen die Machenschaften von BAYER. Die Demonstranten forderten die sofortige Entschädigung der Zwangsarbeiter und die Freilassung von Mumia Abu-Jamal. Die Coordination gegen BAYER-Gefahren informierte über die Zusammenhänge zwischen BAYER und Mumia. Peter Gingold sprach für die VVN als Zeit-



zeuge über die Gräueltaten des IG-Farben-Konzerns während des Faschismus. (Nach: UZ, 26.5.)

Protest gegen Naziaufmarsch

4000 Menschen demonstrierten laut Polizeifunk am 4. Juni gegen einen Aufmarsch des neofaschistischen „Aktionsbündnisses Norddeutschland“. Innerhalb von nur einem Jahr war es in Hamburg das vierte Mal, dass die Polizei mit einem Großeinsatz von 2500 Beamten die Nazi-Versammlungen gegen Proteste abscherte. Ursprünglich wollte der „Hamburger Sturm“ vor das linke Stadtteilzentrum Rote Flora ziehen, aber die Innenbehörde verbannte die Rechten an den Innenstadtrand. Der Anmelder der antifaschistischen Protestaktionen, Norbert Hackbusch (MdBü, Regenbogen – Für eine Neue Linke), bewertete die bunte und entschlossene Demonstration in unmittelbarer Nähe zum Aufmarschplatz der



Nazis als einen großen Erfolg, auch wenn der Gespensteraufzug der 278 Neofaschisten nicht verhindert werden konnte.

kun

SchülerInnen gegen Vergleichstest

Die SchülerInnenkammer Hamburg ruft zum Boykott des in diesen Tagen in vielen Schulen laufenden „Programms für internationale Schulleistungsvergleich“ (PISA) auf, das die OECD in etwa 30 Ländern durchführt. Dabei werden die Kenntnisse von 15-Jährigen im Lesen, in Mathe und den Naturwissenschaften abgefragt. In ihrem Aufruf kritisiert die SchülerInnenkammer: • Verbesserungen von Schule kostet Geld, daran ändert sich auch durch PISA nichts. • „Qualität“ von SchülerInnen lässt sich nicht durch standardisierte Fragen messen – dazu sind die individuellen Fähigkeiten von Menschen zu komplex. • In allen Bundesländern und Ländern Europas existieren unterschiedliche Schulsysteme. Diese lassen sich nicht ‚mal eben‘ vergleichen und gegeneinander stellen. • PISA fordert die Konkurrenz der Schulen und Schulsysteme untereinander – das schadet den einzelnen Schulen. • PISA greift in unzulässiger Weise empfindlich in die Privatsphäre von SchülerInnen ein. (...) Die SchülerInnenkammer ruft deshalb alle mit PISA konfrontierten SchülerInnen auf, die Fragebögen nicht auszufüllen.“ (LB HH 11)

Expo-Hinterlassenschaften

Der Kreisverband Hannover der PDS hat zur Eröffnung der Expo eine lesenswerte kleine Broschüre herausgebracht, in der er sich mit den Auswirkungen der Weltausstellung auf die Region Hannover auseinandersetzt sowie eigene Positionen für eine fortschrittliche Regionalpolitik darlegt. Wir dokumentieren ein Kapitel aus dieser Broschüre.

Expo-Investitionen verstärken die Missverhältnisse am Arbeitsmarkt und erhöhen die Labilität der regionalen Wirtschaftsstruktur

Anfang der 90er-Jahre galt die Expo als wahres Arbeitsbeschaffungsprogramm: Von bis zu 90.000 „expo-induzierten“ Arbeitsplätzen wurde geschrieben. Heute stellt das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung fest, dass die bis Jahresbeginn investierten 6,6 Mrd. DM seit 1995 jedes Jahr 6.800 Arbeitsplätze „gesichert“ hätten, allerdings kaum neue geschaffen wurden. Und wessen Arbeitsplätze sind gesichert worden? Die Expo-Investitionen seien zwar zum erheblichen Teil an niedersächsische Firmen gegangen, so das Institut, deren weitere Untervergabepraxis ließe sich aber nicht kontrollieren. Muss auch nicht: Das Europa-Center auf der Expo wird nahezu ganz mit polnischen Bauarbeitern hochgezogen, ebenso der Deutsche Pavillon und die Arena. Die Baugewerkschaft meldet Ende 1999, dass in der Region Hannover in den letzten Monaten 10.000 Arbeitsplätze im Bausektor verschwunden sind.

Dem Strohfeuer der Bau-Arbeitsplätze wird während der Expo noch das Strohfeuer der Dienstleistungsbeschäftigung folgen. Bewachung, Kellnern und Bus Fahren als Aushilfsjob und befristet. Der hannoversche und der regionale Arbeitsmarkt wird mit Expo-Toresschluss trotz Verwendung gewaltiger öffentlicher Mittel keine Entspannung erfahren haben.

Die örtlichen Handwerksbetriebe seien nach der Expo ein Auftragsloch kommen, „in dem mancher Handwerker verschwinden könnte“, so der Geschäftsführer

der hannoverschen Handwerkskammer. Oberbürgermeister Schmalstieg versucht die Befürchtung zu dämpfen, indem er auf die kommunale Auftragsvergabe auch nach der Expo verweist. Allerdings dürften die zu erwartenden Defizite der Expo die öffentlichen Haushalte in Niedersachsen erheblich belasten und den kommunalen Nachfragefaktor verkleinern. Die gut ausgebaute Messe AG wird hochverschuldet sein und keine Abführungen in den öffentlichen Haushalt „übrig“ haben, der Flughafen vermutlich auch nicht.

Im stechend-scharfen Wettbewerb der Messeplätze weltweit ist unklar, ob ausgerechnet die Hannover-Messe expansiv vermarktet werden kann oder ob andere Ausstellungsstandorte oder gewandeltes Messeverhalten der Aussteller nicht zu Umsatzzrückgängen führen werden. Ebenso der Flughafen. Die begehrte Luftfracht ergibt sich durch Zulieferer im Einzugsbereich. Vermutlich wird ein Abflachen der Automobilkonjunktur die Attraktivität von Langenhagen schnell abkühlen lassen.

Die strukturpolitischen Leitobjekte der Expo-Planung – Messe, Flughafen, Tourismus, Bauindustrie – verschärfen die Disproportionalitäten der regionalen Wirtschaftslandschaft im Großraum Hannover und mindern die weltmarktbedingten oder von wenigen Konzernentscheidungen abhängigen Schwankungsanfälligen nicht. Angesichts verschiedenster arbeitspolitischer „Hiobsmeldungen“ würde aber genau das gebraucht.

In den letzten Monaten häufen sich die Ankündigungen über Personal- oder Strukturänderungen in privaten und öffentlichen Betrieben. Bei VW hat die Auseinandersetzung um die Vertragsverlängerung vieler hundert befristet Beschäftigter plötzlich deutlich gemacht, dass die Autokonjunktur zu Ende gehen kann und die Zugmaschine der niedersächsischen Wirtschaft dann ins Stottern gerät. Außerdem baut VW-Nutzfahrzeuge ein neues

**EXPO -
Hinterlassenschaften**

Entwicklungsprobleme
und Perspektiven
für Hannover

PDS LINKE
Liste

Inhalt: • Boom-Town Hannover – was kommt nach der EXPO? • EXPO-Investitionen verstärken die Missverhältnisse am Arbeitsmarkt • Auswirkungen der EXPO auf das Verkehrssystem in der Region Hannover • EXPO-Highlights: Mobilität und Biotechnologie – wem nützt es? • EXPO-Projekte der organisierten Unmenschlichkeit in Niedersachsen • Kommunale Außenpolitik – links herum • Gegen neoliberale Standortpolitik: PDS-Positionen zur Region Hannover. – DM 2,- Bestellungen an: PDS/LL Hannover, Struckmeyerstr. 9, 30451 Hannover, Fax (05 11) 44 40 29

Werk in Polen, die bevorstehende Neuordnung der europäischen Nutzfahrzeugindustrie wird ebenfalls Folgen für bisherige Werke haben. Der Fall Rover in England ist nur scheinbar weit weg. Continental geht auch davon aus, dass mindestens noch ein Reifenwerk zu viel im Verbund ist. Die Bahn AG will bis 2004 etwa 2.000 der heute 8.000 Beschäftigten in der Region loswerden. Unternehmen wie Wabco, Alcatel und anderen haben Personalabbau angekündigt. Die Hastra wird keine Unternehmenszentrale mehr in Hannover haben, vermutlich auch mehrere hundert Beschäftigte nicht mehr. Dazu kommen die beabsichtigten Maßnahmen im öffentli-



Am 27. Mai trugen rund 1.500 Menschen in Hannover ihren Protest gegen die Expo auf die Straße. Auch in den darauffolgenden Tagen fanden vielfältige, kleinere und größere Widerstandaktionen statt. Die massiv aufmarschierte Polizei reagierte brutal und absolut überzogen, prügelte, erteilte Platzverweise, nahm fest: allein am 1. Juni vorübergehend rund 450 Demonstranten, die in eine Art Käfige verbracht und dort ohne ausreiche Getränke, Hygiene, notwendige medizinische Versorgung stundenlang festgehalten wurden. Quelle: www.expo-calypse.de/start.phtml



ale Standortkonkurrenz und Deregulierung

chen Bereich. Das Klinikum will ca. 500 der 4.300 Stellen reduzieren, die Unternehmensberater der Stadtwerke sehen 1.000 von 3.000 Jobs als überflüssig an.

Und was fällt dem städtischen Wirtschaftsdezernenten dazu ein? Das Internet, wie originell. Hannover soll Multimedia-Standort werden, so wie hundert andere Städte im Augenblick auch. Herr Karoff möchte im Internet einen dunklen Anzug Größe 110 suchen und dann zum Einkaufen in das entsprechende Geschäft gehen. Abgesehen vom Rationalisierungspotential für den Einzelhandel und der Bevorzugung der großen Warenhäuser durch e-commerce, ergeben sich aus solchen fadens Gedankensprünge keine Entwicklungspotentiale. Statt eine Standort-Marketinggesellschaft unter Regie der großen Konzerne mit 5 Mio. DM auszustatten, „um Hannover zum Hightech-Standort im Norden zu machen“ – mit anderen Worten der Großindustrie billige Infrastruktur zu offerieren – sollten Finanzmittel zur Ergründung und Förderung regionaler Entwicklungspotentiale für sozial-nützliche Produkte und Dienstleistungen herangezogen werden. Zunächst darf nicht tatenlos zugesehen werden, wie öffentliche Unternehmen, etwa das Klinikum oder die Stadtwerke, Personal reduzieren und Kompetenzen verlieren. Die Überlegung des SPD-Aufsichtsratsvorsitzenden der Stadtwerke, Meinhold, die Stadtwerke sollten sich als Spezialist für energie sparende Sanierung von öffentlichen Gebäuden Aufträge einwerben, zeigt in die richtige Richtung. Bestandspflege bestehender öffentlicher Betriebe und Ausdehnung von deren Wirtschaftstätigkeit würden zu einer konjunkturresistenten Wirtschaftsstruktur beitragen. Dazu brauchten die Kommunen erweiterte Wirtschaftsrechte, vor allem aber statt einer Marketing GmbH und High-Tech-Fasalei eine städtische Konzeption zur Förderung einer robusteren und beschäftigungsintensiveren Wirtschaftsstruktur.

Eine Studie, welche Zulieferleistungen an hannoversche Betriebe und Verwaltungen in regionale Kreisläufe zurückgeführt werden könnten, wäre dazu sinnvoll. Gewerbehöfe in jedem Stadtteil mit billigen Mieten und technischer Ausstattung zur Förderung stadtteilbezogenen Kleingewerbes ebenso. Ein „Fonds für Selbstverwaltung und sozial-nützliche Produktion“ könnte Existenzgründung mit ökologischen und sozialen Wirkungen verknüpfen. Statt jährlicher Berieselung hannoverscher Betriebsräte beim Wirtschaftsdezernenten wäre die Einrichtung eines städtischen Wirtschafts- und Sozialrats, bestehend aus Betriebsräten, Gewerkschaften, Vertretern der Sozialverbände und sozialer Bewegungen, der mit Beteiligungsrechten hinsichtlich kommunaler Wirtschaftstätigkeit ausgestattet wäre, sicher ein erheblicher Fortschritt.



Solidarität mit den Beschäftigten der Fa. Holtmeyer

Viel Krach in Osnabrück: Gegen Sozial- und Lohndumping

Am 27. Mai protestierten ca. 1.200 Beschäftigte, vorwiegend aus Ver- und Entsorgungsbetrieben des öffentlichen Dienstes in Niedersachsen, gegen die drohende Verschlechterung der Tarif- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten der Fa. Holtmeyer in Osnabrück.

Seit 25 Jahren ist die Fa. Holtmeyer im Landkreis Osnabrück für die Müllentsorgung zuständig. Die 290 Beschäftigten, unter ihnen viele ehemalige Arbeitslose, werden nach dem gültigen ÖTV-Tarif beschäftigt und bezahlt. „Durch eine europaweite Ausschreibung der Müllabfuhr durch den Landkreis Osnabrück stehen jetzt über 100 Arbeitsplätze und die Existenz des gesamten Unternehmens Holtmeyer auf dem Spiel.“ (Aus dem Flugblatt der ÖTV) Im Vorfeld der Ausschreibung hat die Geschäftsleitung von Holtmeyer dem Betriebsrat signalisiert, dass die Beteiligung an der Ausschreibung und die Aussicht, den Auftrag zu erhalten nur realisiert werden kann, wenn die Löhne um 40 % gesenkt werden. Nach Aussage eines Betriebsrates der hannoverschen Entsorgungsbetriebe hat die Drohung der Fa. Holtmeyer eine neue Qualität, die bisher in den öffentlichen Ver- und Entsorgungsbetrieben nicht vorstellbar war. Allerdings gab es schon seit Inkrafttreten des Gesetzes warnende Stimmen der Betriebsräte, dass die EG-Richtlinien negativen Folgen für künftige Beschäftigungsverhältnisse mit sich bringen werden, dies war aber kein aktuelles Thema in der ÖTV.

In Vorbereitung der Demonstration äußerte die ÖTV in einem Flugblatt u.a.: „Wieder einmal wird deutlich, dass Wettbewerb ohne soziale Verantwortung zur Existenzbedrohung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern führen kann. Wenn nur der Preis zum alleinigen Entscheidungskriterium gemacht wird, dann hat eine solche Vorgehensweise nichts mehr mit sozialer Marktwirtschaft zu tun,

sondern erinnert an Kapitalismus pur. Wenn Unternehmen mit ihren sozialen und tariflichen Standards durch ‚Billiganbieter‘, die sich an keinerlei soziale und tarifliche Regelungen zu halten brauchen, aus dem Wettbewerbsrennen geworfen werden können, dann müssen wir gegen solche unlauteren Ausschreibe- und Vergabebedingungen kämpfen.“

In einem ebenfalls vor der Demonstration verteilten Flugblatt des Gesamtbetriebsratsvorsitzenden der Städtereinigung Holtmeyer GmbH & Co. heißt es: „Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger im Landkreis Osnabrück, seit über 25 Jahren entsorgen wir bei Wind und Wetter pünktlich und zuverlässig Ihre Müllgefäße. Obwohl uns immer wieder von Kreistagsabgeordneten versichert wird, dass unsere Zuverlässigkeit und Arbeitsleistung sehr geschätzt wird, hat der Landkreis Osnabrück die Müllabfuhr nun trotzdem europaweit ausgeschrieben. Wir befürchten, dass jetzt Anbieter auf den Markt kommen, die nur über Sozial- und Lohndumping (z.B. unter Umgehung von Tarifverträgen und gesetzlichen Sozialvorschriften) günstig Angebote als die Firma Holtmeyer abgeben. Großkonzernen versuchen auf diese Weise marktbeherrschend zu werden. Dass die Müllgebühren deshalb sinken, ist nach bisheriger Erfahrung nicht zu erwarten. (...) Wir vertreten den Grundsatz Wettbewerb ja – Wettbewerb zu ungleichen Bedingungen, nein!“

Wenn auch Sie der Auffassung sind, dass bei der Auftragvergabe nicht nur ‚Billiganbieter‘ berücksichtigt werden sollten, dann wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie Ihre Meinung telefonisch oder schriftlich an die maßgeblichen Entscheidungsträger in Kreistag und Verwaltung weitergeben würden ...“

Die von den Beschäftigten der Fa. Holtmeyer und der ÖTV außerordentlich gut organisierte Demonstration, die durch

Sonntagsöffnung: MANNHEIM.

Gegen die Stimmen von SPD und Grünen genehmigte die Gemeinderatsmehrheit mit der Stimme von OB Wieder bei fünf Enthaltungen aus der CDU den verkaufsoffenen Sonntag aus Anlass von „25 Jahre Planken und 100 Jahre elektrische Straßenbahn“. Die HBV stellte fest, dass der Anlass rechtswidrig ist und gegen die Bestimmungen des Landeschlussgesetzes verstößt, da es sich weder um einen Markt noch eine Messe im Sinne des Gesetzes handelt. Zudem sei die Gewerkschaft im Vorfeld der Entscheidung nicht gehört worden.

Stadtwerke: MÜNCHEN. Die Grünen im Rathaus sorgen sich um die Sicherung des politischen Einflusses des Stadtrats auf die Stadtwerke. In einem Antrag fordern sie, bei den anstehenden Grundsatzbeschlüssen zur Reorganisation der Stadtwerke von Anfang an zu berücksichtigen, wie eine effektive Anbindung der einzelnen organisatorischen Einheiten innerhalb der neuen Struktur an die kommunale Willensbildung sichergestellt werden kann. Die Verwaltung soll dazu geeignete Vorschläge vorlegen. „Die Geschäftsführung der Stadtwerke hat in den vergangenen Monaten dadurch auf sich aufmerksam gemacht, dass wichtige strategische Entscheidungen ohne Einbindung der entsprechenden Organe auf der Eigentümerseite gefallen sind. Letzten Endes ist aber sie Kommune als Eigentümerin der Stadtwerke für die umwelt- und sozialverträgliche Weiterentwicklung des Unternehmens und die Sicherung der Qualitäten im Verkehrs- und Energiebereich verantwortlich.“

Netzzugang: KÖLN. Die RWE Energie AG will im Fall der Stadtwerke Münster nicht akzeptieren, dass diese als Netzbetreiber mit ihren Kunden Netznutzungsverträge abschließen. Stattdessen soll das Netznutzungsentgelt dem Stromlieferanten in Rechnung gestellt werden. Das Unternehmen gibt vor, dass ihm sonst umsatzsteuerliche Nachteile entstünden. Dr. Norbert Ohlms, Geschäftsführer der Stadtwerke Münster GmbH und Vizepräsident des VKU, betrachtet das Verhalten des RWE daher als einen Angriff auf die Position der kommunalen Verteilnetzbetreiber. Die im Dezember vergangenen Jahres unterzeichnete Zweite Verbändevereinbarung Strom regelt die Modalitäten des Netzzugangs nach der Liberalisierung der Stromversorgung. Danach wird getrennt vom Stromlieferungsvertrag grundsätzlich ein Netzzchluss- und Netznutzungsvertrag zwischen dem Netzbetreiber, der nicht identisch mit dem Stromlieferanten sein muss, und jedem einzelnen Kunden abgeschlossen. Die kommunalen Unternehmen hatten ihre Zustimmung zur Verbändeverein-

barung ganz wesentlich von diesem Punkt abhängig gemacht. Sollte das RWE sich nicht daran halten, so der VKU, bedeute dies eine Aufforderung an den Bundeswirtschaftsminister, eine staatliche Netzzugangsverordnung zu schaffen.

Verbandsklage: MÜNCHEN.

Der Bayerische Gemeindetag lehnt die vom Bundesumweltminister Trittin beabsichtigte Einführung der Verbandsklage für Umweltverbände ab. „Zuständig für den Schutz unserer Umwelt sind der Staat und die Kommunen. Über eine Verbandsklage würde ein zusätzliches zeitaufwendiges Prüfungsverfahren bei den Gerichten für alle Projekte eingeführt, die von den Umweltverbänden im Klagewege angegriffen werden. Die damit verbundenen Verzögerungen von Projekten z. B. der Bauleitplanung lehnen wir ab; zusätzliche Prüfungsverfahren passen nicht in unsere Zeit. Hinzu kommt, dass bei der Verbandsklage die Kläger ohne persönliche Betroffenheit und haftungsrechtliche Verantwortung gegen Projekte vorgehen dürfen,“ kritisierte Heribert Thallmair, Präsident des Bayerischen Gemeindetags.

Zwangsarbeiterentschädigung:

SCHWÄBISCH HALL. Die VVN/BdA Schwäbisch Hall hatte Einspruch gegen den Haushaltspanentwurf 2000 der Stadt erhoben und beantragt, dass die Stadt materielle Wiedergutmachung zur Entschädigung von Zwangsarbeitern leisten solle. Die Fraktion der SPD im Haller Stadtrat hat den Haushaltseinspruch zur Einzahlung in die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft zur Entschädigung von ZwangarbeiterInnen übernommen (35000 DM / 1 DM pro Einwohner) und eine Mehrheit im Haller Stadtrat hierfür erhalten. Der Haushaltstitel wurde lediglich mit einem Sperrvermerk versehen, um das Ganze mit dem deutschen Städtetag abzustimmen.

KITA-Gebühren: HAMBURG. Die Bürgerschaftsgruppe Regenbogen – Für eine neue Linke kritisiert das Vorhaben des Senats, von SozialhilfeempfängerInnen 50 Mark für den Kindergarten oder den Hort zu fordern. Sie bewertete die neue Beitragsregelung als „Baustein, eines neuen Finanzierungs-Systems in der Kindertagesbetreuung, das ein Zweiklassen-System schafft“. Zukünftig soll es für nicht erwerbstätige Eltern noch schwerer werden, eine Bewilligung für einen KITA-Platz zu bekommen. „Wer arbeitet und genug Geld hat, kann sein Kind ganztägig betreuen lassen. Kinder, die aufgrund begrenzter Wohnverhältnisse oder Spannungen in den Familien eine umfangreiche Betreuung benötigen, haben Pech gehabt.“

Zusammenstellung: uly

Geschlossenheit und mit „Krach“ auf sich aufmerksam machte, fand viel Beachtung. Die Planung, nach der Demonstration den Landesparteitag der CDU zu besuchen, der zum gleichen Termin in Osnabrück durchgeführt wurde, wurde mit dem Auftauchen des CDU-Landesvorsitzenden Wulff auf der Kundgebung durchkreuzt. Er wurde mit viel Krach und Protest „empfangen“. Seine unverschämten einleitenden Worten, die Krachmacher sollten erst mal arbeiten gehen, stießen auf großen Protest und wenn nicht die Reglementierung von Seiten der ÖTV erfolgt wäre, ihn mal sprechen zu lassen, hätte er kein Bein an die Erde gekriegt. Aber nicht nur wegen seiner frechen Äußerung, sondern auch für die CDU-Politik, die den Boden für Lohndumping bereitet hat.

Während der Kundgebung wurde eine Resolution mit folgendem Text verlesen:

„Wir fordern eine umgehende Verabschiedung von Vergabegesetzen im Bund und in den Ländern sowie entsprechende Regelwerke in Europa.

Wir brauchen eine Ordnungsrahmen für fairen Wettbewerb. Anforderungen an Tariftreue, soziale Standards, Ökologie und Qualität sind zwingend vorzuschreiben.

Wir fordern die Kommunalpolitiker/-innen im Landkreis Osnabrück auf, im Rahmen von Vergabeverfahren nach diesen Grundsätzen zu entscheiden.“

Diese Resolution wurde von der Kundgebung einstimmig verabschiedet und Wulff übergeben. Die niedersächsische SPD bereitet einen Entwurf zur künftigen EU-Ausschreibungspraxis vor, die Sozial- und Lohndumping verhindern soll. Wulff sagte zu, diesen Vorstoß zu unterstützen.

Neu an der Qualität der Aktion war die Geschlossenheit der DemonstrationsteilnehmerInnen und -teilnehmer und, dass in allen Beiträgen der Gewerkschaft und der Belegschaftsvertretungen, u.a. auch des Abfallwirtschaftsbetriebes Hannover, die Notwendigkeit betont wurde, Konflikte nicht mehr hinter geschlossenen Türen zu verhandeln, sondern sie künftig auf die Strasse zu tragen. Ebenfalls neu, zumindest für Niedersachsen, die Absprache der Betriebsräte der Versorgungseinrichtungen, künftig nicht mehr im Alleingang betriebliche Probleme zu lösen, dies sei viel zu lange praktiziert worden, sondern in gemeinsamen Aktionen zu protestieren und sich gegenseitig zu stärken.

Zusätzlich zu den Protestaktionen ist eine Postkartenaktion initiiert worden, die inhaltlich lautet: „Hiermit protestiere ich dagegen, dass durch die Ausschreibungspraxis des Landkreis Osnabrück Arbeitsplätze bei der Fa. Holtmeyer vernichtet werden. Ich fordere den Landkreis und die Parteien dazu auf, umgehend in Ausschreibungen des Landkreises übliche Sozial- und Tarifbedingungen zur Grundlage der Vergabe zu machen. Dies ist mit politischem Willen durchaus machbar.“ Diese Aktion wird von der PDS und der DKP in Osnabrück unterstützt.

bee

Studiengebühren beschlossen – Recht auf freie Bildung abgeschafft

Trothaierung der bundesdeutschen Bildung?

Mit Verärgerung und Wut reagierte der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) auf den Beschluss der Kultusministerkonferenz KMK vom 25. Mai zum Thema Studiengebühren. Die MinisterInnen haben sich darauf geeinigt, dass ein Guthaben kostenfreier Bildung eingeführt werden soll. Wird dieses „deutlich überschritten“, können Studiengebühren erhoben werden. „Damit ist der Einstieg in die Gebührenlogik beschlossene Sache“, so Stefan Bienefeld, Vorstandsmitglied des fzs. „Bereits praktizierte Modelle von Studiengebühren wie in Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen werden somit nachträglich legitimiert.“

Dieser Beschluss bedeutet in letzter Konsequenz die flächendeckende Einführung von Studiengebühren.

Wenn einzelne Länder Gebühren fordern, dann kann langfristig kein Land darauf verzichten, es sei denn, sie können den Zustrom von StudentInnen verkaffen, die, um Gebühren zu umgehen, gezwungen sind, ihren Studienort in ein anderes Bundesland zu verlegen.

Weiterhin fordert die KMK, es müssten

„weitere Anreize geschaffen werden, damit die Hochschulen den Abschluss eines grundständigen Studiums in der Regelstudienzeit ermöglichen“. „Das ist schon blander Zynismus“, stellt Kerry Sailer, Vorstandsmitglied des fzs, fest. „StudentInnen, die lange studieren, haben dafür gute Gründe. Studiengebühren werden die bestehenden sozialen Selektionsmechanismen nur weiter verschärfen und in keiner Weise zu einer Beschleunigung des Studiums beitragen. Die Drohung mit „Langzeitgebühren“ als Anreiz für ein „zügiges Studium“ zu bezeichnen, ist ein verlogener Euphemismus. Die sogenannten Ausnahmeregelungen analog zum BAföG sind doch da nur noch unzureichende Augenwischerei.“

Für den fzs wird damit das Grundrecht auf freie Bildung faktisch abgeschafft. Die Privatisierung der Bildungskosten

schreitet weiter voran, wodurch die Lippenbekenntnisse zu Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit der BildungspolitikerInnen aller Couleur durch diese selber ad absurdum geführt sind.

Wir fordern alle StudentInnen auf, sich gegen den Beschluss der KMK zu stellen und den Protest und Widerstand dagegen zu organisieren, auf den Demonstrationen gegen Studiengebühren am 7.6. und in ihren lokalen Zusammenhängen.

Der fzs fordert die MinisterpräsidentInnen auf, den Auftrag zur Erarbeitung eines Staatsvertrages auf Basis dieses Modells nicht zu erteilen. Des Weiteren fordern wir weiterhin ein Verbot von Studiengebühren im Hochschulrahmengesetz HRG.

*PE fzs, 26.5. Quelle:
www.pbjacon.de/studierende-fzs*

Die Privatisierung des Bildungsbereichs

Eigentum und Wertschöpfung in der Wissensgesellschaft

Konferenz vom 15.-17. Juni, Uni Hamburg, Von-Melle-Park 8 + Edmund-Siemers-Allee (mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung)

Mit u.a. folgenden Referaten / Themen:

- Neue Formen der Privatisierung in der beruflichen Weiterbildung
- Privatisierung, Deregulierung, Ökonomisierung im Bildungsbereich
- Sprachlich-kul-

turelle Differenz und Chancengleichheit – (un)versöhnlich in staatlichen Bildungssystemen

- Cyber-Cooperatives
- Kollektiveigentum in der Wissensgesellschaft
- Internet Service Provider als genossenschaftliche Dienstleistung
- Wirtschaft, Bildung und alternative Eigentumsformen – die Universität als Genossenschaft

Anmeldung: Prof. Dr. Ingrid Lohmann, z.Hd. Alexander-M. Sardina, Universität Hamburg, Von-Melle-Park 8, 20146 Hamburg

Ausführlichere Informationen mit Links zu The men, die unter den verschiedenen Themen vorgestellt werden, unter: www.erzswiss.uni-hamburg.de/Personal/Lohmann/tagung.html

Ausbildungsfinanzierung

Die Mitgliederversammlung des fzs (freier Zusammenschluss von studentInnenschaften), die vom 18. bis 21. Mai in Karlsruhe zum Schwerpunktthema Neoliberalismus tagte, beschloss ohne Gegenstimmen folgende Resolution zur Ausbildungsfinanzierung:

Die Situation, in der sich das BAföG befindet, sieht alles andere als gut aus: Nur noch 2% der StudentInnen erhalten überhaupt noch Ausbildungsförderung, nur noch 8% aller StudentInnen aus deutschen Hochschulen kommen aus einem bildungsfernen, einkommensschwachen Elternhaus. Dafür müssen über 2/3 der StudentInnen regelmäßig neben dem Studium jobben ... Ein Hochschulstudium ist faktisch schon längst zu einem Privileg für Kinder reicher Akademiker-Eltern geworden. Die zynische Realität von Studiengebühren in diversen Ausführungen in einigen Bundesländern und die drohende flächendeckende Einführung und/oder Verschärfung runden das Bild einer immer weiter individualisierten, privatisierten, unsolidarischen und ungerechten Gesellschaft ab.

In diesem Jahr wird sich der Bund erstmals in der absurdnen Lage wiederfinden, dass die Rückzahlungen ehemaliger BAföG-EmpfängerInnen die derzeitigen Auszahlungen übersteigen werden. (...) Das BAföG hat sich in seiner jetzigen Förderlogik mit sinkenden Gefördertenzahlen, mit Elternabhängigkeit, mit Darlehen, mit verzinsten Studienabschlussförderung als Sozialgesetz selbst ad absurdum geführt und muss dringend und grundlegend reformiert werden – und das mit höchster Priorität. (...)

Das fzs fordert, als Grundvoraussetzung für die kulturelle Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben, die soziale Grundsicherung für alle hier lebenden Menschen einzuführen, als dessen Teil wir eine solidarische Ausbildungsfinanzierung verstehen. (...)

Um den Einstieg in eine soziale Grundsicherung für alle voranzubringen, stellen wir auch kurzfristige Forderungen auf. Das fzs verlangt eine sofortige strukturelle und grundlegende Reform des BAföG im Sinne einer solidarischen Ausbildungsfinanzierung. Eine solche Reform der Ausbildungsförderung muss den folgenden Kriterien entsprechen:

- elternunabhängig
- verteilungsge recht
- gesamtgesellschaftlich verankert
- bedarfsdeckend
- repres sionsfrei
- nicht diskriminierend
- muss tatsächlichen Studiendauern entsprechen
- muss den realen Lebensbedingungen der StudentInnen entsprechen
- muss verschiedene Lebensentwürfe ermöglichen
- muss allen StudentInnen in Deutschland gleichermaßen offen stehen
- und muss Auslandsaufenthalte in frei gewählter Länge ermöglichen

Wir fordern die Politik auf, eindeutig Stellung zu beziehen und eine solidarische Ausbildungs- und Studienfinanzierung sofort durchzusetzen. Dies beinhaltet neben der BAföG-Reform auch ein eindeutiges Studiengebührenverbot im Hochschulrahmengesetz bei gleichzeitiger Steigerung der Bildungsausgaben auf 12% des Bruttosozialproduktes (Bildungsausgaben 1997: 4%).

Wir fordern als Sofortmaßnahme die Umwandlung aller Darlehen in Vollzuschüsse.

Wir fordern den Schuldenerlass derer, die in den 80er-Jahren ihre Ausbildungsförderung nur als Volldarlehen bekommen haben und die dadurch extrem benachteiligt und diskriminiert wurden. (...)

Streik im öffentlichen Dienst unvermeidbar

Am 25. Mai präsentierten die Schlichter ihren Spruch. Am 30. Mai legten die Arbeitgeber von Bund, Länder und Gemeinden den Schlichterspruch den Gewerkschaften als Tarifangebot vor und dokumentierten damit ihr Einverständnis mit dem Schlichterspruch. Die Großen Tarifkommissionen von ÖTV und DAG lehnten noch am selben Abend das Angebot ab. Damit ist das Schlichtungsverfahren in der diesjährigen Tarifrunde gescheitert. Die beteiligten Gewerkschaften haben das Urabstimmungsprocedere eingeleitet. Bei Erscheinen dieser Zeitung hat die Urabstimmung bereits stattgefunden (5.-8.6.), das Erreichen der 75%-Zustimmung wird von allen als sicher angesehen. Ab Dienstag nach Pfingsten beginnen die Arbeitskampfmaßnahmen. Soweit zum formalen Ablauf.

Bewertung des Angebots

Obwohl das letzte Arbeitgeberangebot (= Schlichtungsspruch, siehe Kasten) um einiges höher lag als vor der Schlichtung, gab es niemanden in der ÖTV, der zufrieden war:

- Die Einkommenserhöhung liegt zumindest für dieses Jahr wesentlich unter der anderer Branchen. Für die Beamten ist angekündigt, dass sie in diesem Jahr nur 0,6 % und im Jahr 2001 1,7 Prozent erhalten sollen. Kurz danach wird bekannt, dass bei Post und Postbank 2,25 % gezahlt wird.
- Trotzdem wäre diese geringe Erhöhung vielleicht – murrend – hingenommen worden, wenn nicht
- das Angebot für die Tarifangleichung Ost an West so schlecht ausgefallen wäre. Kritisiert wird dabei vor allem, dass es keine zeitliche Perspektive für die 100 % gibt, selbst wenn sie erst in einigen Jahren zu Ende wäre. Auch dass das Angebot vorsah, dass bis Ende 2003 keinerlei weitere (nicht Entgeldtabellen bezogene) Tarifanpassung mehr verhandelt werden darf (z.B. Anpassung von Arbeitszeiten, Zuwendung), rief Unmut hervor.
- Dritter umstrittener Punkt ist der Vorschlag, die Zusatzversorgung auf dem Niveau von 1999 für 3 Jahre einzufrie-

ren. Zwar gibt es innerhalb der ÖTV sehr unterschiedliche Auffassungen, was die VBL anbetrifft, aber mit „Einfrieren“ haben die Gewerkschaftsmitglieder sehr schlechte Erfahrungen gemacht (siehe Weihnachtsgeld = Zuwendung).

Auch mit den übrigen Punkten des Angebots (zur Beschäftigungssicherung, zur Frage der Übernahme von Azubis, weiteres Einfrieren des Weihnachtsgeldes) konnte man nicht zufrieden sein.

Die Tarifkommission diskutierte lange und – wie berichtet wurde – sehr ernsthaft, um sich auf die Ziele des Arbeitskampfes zu verständigen. Dabei setzte sich die Auffassung durch, dass für die Anpassung Ost an West eine realistische Perspektive erreicht werden muss und eine Abkopplung des öffentlichen Dienstes von der Entwicklung anderer Branchen verhindert werden soll. Die Frage der Zusatzversorgung soll nicht weiter in dieser Tarifrunde verhandelt werden, so die Auffassung der Großen Tarifkommission der ÖTV, die – gegen die Meinung des Vorsitzenden – so beschlossen wurde.

Kampf um die öffentliche Meinung

Allen ist klar, dass es eine schwierige Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern geben wird. Die Reaktion der Politik kam auch prompt (Schröder: Streik passt nicht in Zeiten eines wirtschaftlichen Aufschwungs). Die öffentlichen Meinungsmacher halten sich gegenwärtig noch etwas zurück, weil die Forderung nach Angleichung wohl in Umfragen ziemlich populär ist.

Aber schon wird mit Arbeitsplatzabbau im öffentlichen Dienst gedroht, der zwar auch so kommt, der aber von den Beschäftigten im Osten besonders gefürchtet wird, schließlich ist die Arbeitslosenquote fast doppelt so hoch wie im Westen.

Intern muss es der ÖTV gelingen, die Streikziele zu vereinheitlichen, das zeigt das Abstimmungsergebnis der Großen Tarifkommission der ÖTV mit 75 zu 50 gegen die Annahme. Die Tatsache, dass jede/r einen eigenen Grund hat, warum er/sie das Angebot ablehnt, mag für die

Urabstimmung noch günstig sein. Auch, wenn es nicht wenige nur aus dem Grunde tun, es mal wieder den Arbeitgeber zu zeigen – weil man „die Schnauze voll hat“. Die Gefahr des Auseinanderdividierens überwiegt auf längere Sicht hingegen.

Für den Erhalt des Flächentarifs wie auch für den Zusammenschnitt der Gewerkschaft ÖTV ist die Verbesserung des Angebots für die Angleichung Ost an West entscheidend.

Schlichtungsspruch = letztes Arbeitgeberangebot v. 30.5.2000

Erhöhung der Einkommen

1,8 % ab 1.4.2000

2,2 % ab 1.4.2001

Laufzeit bis 31.3.2002

Die Zuwendung (Weihnachtsgeld) bleibt bis 31.3.2002 weiter auf dem Niveau von 1993 eingefroren und sinkt damit auf ein Niveau von 85,05 % (West) bzw. 63,79 % (Ost) im Jahr 2001.

Angleichung Ost an West

ab 1. Juli 2000 auf 87,7 % (jetzt 86,5%)

ab 1. Januar 2001 auf 88,9 %

ab 1. Januar 2002 auf 90 %

Laufzeit bis 31. März 2003

Keine weiteren Angleichungsmaßnahmen im Tarifrecht bis zu diesem Zeitpunkt möglich.

Zusatzversorgung

Bis Ende 2003 sollen die bestehenden *Versorgungsrenten* aus der Zusatzversorgung (VBL) unverändert bleiben. Bei neuen Rentenfällen ab 1.4.2000 sollen die *Versorgungsrenten* nach dem am 1.4.99 geltenden Rentenversicherungsbeitrag und der am 1.1.99 geltenden Steuertabelle berechnet werden (damit Niveauabsenkung). Die Rente wird jedoch um die gesetzliche Vorgabe (also d.J. 0,6 %) erhöht.

Im Anschluss an die Tarifrunde sollen Verhandlungen aufgenommen werden, um die VBL den neuesten Rechtsprechungen anzupassen und ihre Zukunft zu sichern.

Altersteilzeit

Entsprechend der gesetzlichen Änderung sollen in den Tarifvertrag über die Altersteilzeit auch Teilzeitbeschäftigte aufgenommen werden.

Beschäftigungssicherung

- Die Zahl der Ausbildungsverhältnisse soll auf dem gegenwärtigen Niveau gehalten werden. Übernahme nach der Ausbildung für 12 Monate, soweit nicht über Bedarf ausgebildet wird.

- Der Tarifvertrag zur sozialen Absicherung im Tarifgebiet Ost wird bis zum 31.12.2003 verlängert.

- Wird das Beschäftigungsförderungsgesetz verlängert, soll dies auf die Tarifbestimmungen für befristete beschäftigte Angestellte im Westen übertragen werden; bei Veränderung des Gesetzes werden Tarifverhandlungen geführt. (Das Beschäftigungsförderungsgesetz erleichtert die befristete Einstellung gegenüber den BAT-Regelungen.)



Urabstimmung bei den Stuttgarter Straßenkehrern



Über tausend Leute beteiligten sich am Himmelfahrts-Feiertag auf dem Frankfurter Börsenplatz an der Protestaktion von Gewerkschaften und Kirchen gegen die erste Öffnung der Frankfurter Börsenöffnung an einem Feiertag. Mit Musik, Reden und Spielen für die Kleinen demonstrierten sie alternative Feiertagsbeschäftigung. Händler und Makler, die sichtlich unwillig zur Arbeit kamen, mussten morgens erst eine Mauer aus Feiertagsbausteinen zur Börse durchbrechen. Bulle und Bär und der aus der Börse entflohe Dax wurden in einem Sketch in den Protest einbezogen. In der Börse langweilten sich derweil die Beschäftigten, denn das Geschäft war äußerst flau. Die 20 Prozent Umsatz von einem normalen Tag kamen hauptsächlich durch Geschäfte der Banken zur „Kurspflege“ zustande. Die Wirtschaftsjournalisten, deren Arbeitstag durch die Feiertagsarbeit und den Abendhandel der Börse selbst verlängert wurde, berichteten ausgesprochen positiv über die Proteste. Bis zum Fronleichnams-Feiertag sollen jetzt 40000 Protestkarten an Bundeskanzler Schröder geschickt werden: Novellieren Sie das Arbeitszeitgesetz!

Hundt (BdA) weist BDI-Vorstoß gegen Flächentarif zurück. – HB, Dienstag, 23.5. 2000. – D. Hundt, BDA-Präsident, hat die Forderung von BDI-Präsident H.-O. Henkel zurückgewiesen, in Zukunft auch Betriebsräten das Recht zu geben, Tarifverträge abzuschließen: „Henkels Vorschlag verstößt gegen die Grundgesetzgarantie der negativen Koalitionsfreiheit“. Henkel hatte gefordert, dass der Betriebsrat immer dann vom geltenden Flächentarifvertrag abweichende Regelungen treffen können soll, wenn ihm mindestens $\frac{3}{4}$ der Beschäftigten ein Mandat dazu geben. „Damit würden 25% der Beschäftigten gegen ihren erklärten Willen zum Verzicht auf ihre Rechte aus dem Flächentarif gezwungen. Hundt warf Henkel vor, mit seiner Forderung nach Streichung des Vorrangs von Tarifverträgen vor Betriebsvereinbarungen einen Häuserkampf in die Betriebe zu tragen.“

IT-Branche kennt keinen Feierabend – Vertreter der IT- und Multimedia-unternehmen haben die These einer Studie unterstützt, Arbeitszeiten von 50 und mehr Wochenstunden seien in ihrem Unternehmen die Regel. Die Autoren der Studie kommen zu dem Ergebnis, dass die traditionelle Form der Mitbestimmung die Beteiligung am Unternehmen abgelöst habe. DGB-Chef Schulte will in der IT-Branche flexiblere Arbeitszeiten bis hin zu 50-Std.-Woche.

DIHT-Präsident bietet Mithilfe bei der Reform des BVG an. – HB, Freitag/Samstag, 26./27.5.2000. – Der Präsident des DIHT, H. P. Stihl, bemängelt die gegenwärtig hohe Regelungsdichte der deutschen Betriebsverfassung, die im internationalen Vergleich einen Standortnachteil darstelle. Er warnte vor der Erweiterung wirtschaftlicher Mitbestimmungsrechte und drohte mit der Anrufung des BverfG, wie 1976. „Der Betriebsrat ist als Co-Manager ungeeignet. Er hat keine Kompetenz, über Investitionen zu entscheiden.“ Stihl will die Mitbestimmung im Unternehmen selbst regeln lassen.

Feiertag lässt die Umsätze schrumpfen. – HB, Freitag/Samstag, 2./3.6. 2000. – Die Umsätze an den Börsen blieben gering. Bis zum Mittag liefen bestenfalls 10 % der Handelsvolumina normaler Tage um, meinte R. Roubal, Vorsitzender der Kursmaklerkammer Frankfurt. Anders sah das D. Heinemann, Vorstand der ICF Kursmakler AG. „Allein die Tatsache, dass Orderflow vorhanden ist, zeigt den vorhandenen Bedarf nach weiterem Feiertagshandel.“ Presseauswertung: rist

Entschlossene Opposition und gestaltende Reformkraft in der Bundesrepublik: Für eine neue Allianz – gegen Ohnmacht und für soziale Gerechtigkeit: Erklärung des Parteivorstandes der PDS vom 30. Mai 2000

I.

Die PDS steht vor einer neuen Phase ihres 1989/90 eingeleiteten Erneuerungsprozesses. Zum letztlich entscheidenden Erfolgskriterium wird dabei die Fähigkeit der PDS, in die Veränderung der Gesellschaft einzugreifen – und zwar in aller Breite von Widerstand bis Ministeramt. Die PDS braucht die Bereitschaft aller, den Erneuerungsprozess fortzuführen. Dazu haben die Leitungsgremien der Partei ihren Beitrag zu leisten – es braucht aber zugleich eine starke Bewegung aus der Mitte der Partei heraus.

II.

Wir haben 1998 und bei den nachfolgenden Wahlen für einen tiefgreifenden, auf soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung ausgerichteten Politikwechsel in Bund und Ländern gekämpft. Dieses Ziel ist bislang nicht erreicht – wir verfolgen es weiter. Das ist der strategische Kern unserer Politik.

Wir wollen einen solchen gesellschaftlichen Druck von links, der es der rot-grünen Bundesregierung nicht länger ermöglicht, sich allein oder auch nur vorrangig dem Einfluss der Neoliberalen, der Konservativen und der Rechten zu öffnen. Das bedeutet:

Die PDS ist die sozialistische Partei der Bundesrepublik; versteht sich als entschlossene, gesellschaftskritische Opposition und als gestaltende Reformkraft in der Bundesrepublik.

In diesem Sinne steht für die PDS der Kampf für Gerechtigkeit und soziale Sicherheit in Ost und West im Vordergrund.

Mit der besonderen Verankerung der PDS im Osten verbindet sich die Verantwortung, von dort aus Reformimpulse für demokratische, soziale und ökologische Veränderungen im ganzen Land und in seinen Regionen zu entwickeln.

Die PDS findet sich nicht damit ab, dass sich unter Bundeskanzler Schröder eine sozialdemokratische Variante neoliberaler Gesellschaftspolitik entfaltet. Sie strebt eine neue Allianz gegen Ohnmacht und für soziale Gerechtigkeit an.

III.

Die PDS macht der Gesellschaft dafür ein Angebot: Aus den Erfahrungen ihrer Mitgliedschaft, ihrer Aktivistinnen und Aktivisten und aus der Zusammenarbeit mit anderen Akteuren in der Gesellschaft sind alternative Reformangebote für entscheidende Politikfelder entstanden. Erstmals seit Jahrzehnten werden in Deutschland Umrisse eines linkssozialistischen Reformprojekts sichtbar. Wir wissen, dass es der weiteren Ausarbeitung bedarf. Und sie will deswegen eine breite innerparteiliche und öffentliche Diskussion.

Praktikable, zukunftsträchtige Reformkonzepte reifen nicht allein in theoretischen Diskursen, sondern maßgeblich in praktischen politischen Auseinandersetzungen. Dabei konzentrieren wir uns in der nächsten Zeit vor allem auf folgendes:

- Beschäftigungsorientierte, soziale und ökologische Regionalentwicklung in Ost und West
- Zukunft der sozialen Sicherungssysteme
- Bildung

IV.

Gabriele Zimmer leitet die Arbeitsgruppe des Parteivorstandes zur inhaltlichen Vorbereitung des Bundesparteitages in Cottbus. Die Arbeitsgruppe entwirft den Leitantrag des Vorstandes „Für einen Politikwechsel in Ost und West. Für eine Wende hin zu sozialer Gerechtigkeit“; Gabriele Zimmer begründet den Antrag auf dem Parteitag.

V.

Vor dem Cottbusser Parteitag finden acht Regionalkonferenzen statt. Der Vorstand hat zudem Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Kommunikation zwischen Parteibasis und Vorstand beschlossen. Als sozialistische Partei mit wachsendem politischen Gewicht wird die PDS nur bestehen können, wenn sie sich als offene Kommunikationspartei behauptet, die sich in der Lebenswelt verankert. Die Kommunikationsbeziehungen in der Partei werden technisch, organisatorisch, strukturell und kulturell entwickelt – vor allem aber politisch-inhaltlich. Der Beschluss des Bundesparteitages von Münster zur Fortführung der programmatischen Debatte weist in diese Richtung.

VI.

Der Vorstand folgt einer Anregung des Landesverbandes Saarland, nach dem Cottbusser Parteitag im Saarland eine Konferenz zur Zukunft des Föderalismus in Deutschland zu veranstalten. Zehn Jahre deutsche Einheit, politisch kulminierend in Kanzler Schröders Modell von der „Chefsache Ost“, haben deutlich gemacht, dass die Transformationsprozesse im Osten nicht mit einem letztlich zentralistischen Ansatz („von oben west“) bewältigt werden können. Aber bei weitem nicht nur deswegen sind Grundfragen des Bund-Länder-Verhältnisses, der solidarischen Neugestaltung der Finanzverfassung, der Stärkung regionaler Strukturen und des Aufbaus eines Europa der Regionen elementare Herausforderungen für die PDS, die sie konzentriert bearbeitet und Schlussfolgerungen für die verschiedensten Politikfelder ableitet.

VII.

Die PDS legt bis zum Cottbusser Parteitag ihren Standpunkt zur Rentenreform vor. Parteivorstand, Bundestagsfraktion, Landesverbände und Sozialexperten tragen dafür die Verantwortung.

VIII.

Die PDS tritt dafür ein, die modernen Kommunikationstechnologien für die gesamte Gesellschaft, also auch für jede einzelne Bürgerin und jeden einzelnen Bürger produktiv zu machen. Wer durch „digitalen Analphabetismus“ ausgeschlossen wird, wird von der Zukunft abgekoppelt – von seiner eigenen wie von der Zukunft der Gesellschaft. Dies ist für Sozialistinnen und Sozialisten wie für alle, die sich ernsthaft sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Teilhabe verschrieben haben, nicht hinnehmbar.

Der sächsische PDS-Landesvorsitzende

Peter Porsch schreibt in einem Strategiepapier „PDS 2000“: „Ist die Gesellschaft in der PDS mit allen ihren Konflikten, Widersprüchen und Problemen angekommen und die PDS in dieser Gesellschaft, so bedeutet dies, dass wir Konflikte austragen müssen, in Konfliktlösungsprozesse eingebunden sind, für die es keine Lösungsangebote in Lehrbüchern oder bei „Klassikern“ gibt. Wir müssen die Konflikte und Probleme selbst analysieren und wir müssen sie selbst und fast immer auch zuerst in der Partei austragen. Um sich dabei nicht in der Beliebigkeit zu verlieren, um dabei nicht augenblickliche Kräfteverhältnisse in der Partei zum zufälligen Schiedsrichter zu machen, um anders als die alten Volksparteien nicht nur nach den augenblicklichen Mehrheiten zu schielen, sondern Lösungen zu entwickeln, die sich an den Prinzipien soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Solidarität orientieren, ist programmatische Klarheit nötig. Weltanschauliche und ideologische Enge wird dabei mit Gewissheit nicht hilfreich sein. Wir brauchen vielmehr, um politisch erfolgreich und programmatisch innovativ zu sein, die Bündelung von Überzeugungen, die zu Motiven für das Eintreten für soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Solidarität werden können. Handeln aus christlicher Nächstenliebe (die immerhin auch die Feststellung einschließt, dass eher ein Kamel durch ein Nadelöhr geht, als dass ein Reicher in den Himmel kommt, mit der unendlichen Reihe des „Aug-um-Aug-Zahn-um-Zahn“ jedoch Schluss macht) ist dabei gleichermaßen willkommen wie die Ausrichtung an der Vision von der freien Entfaltung des Einzelnen als Voraussetzung für die freie Entfaltung aller. Deshalb brauchen wir auch mehr denn je alle Foren, Plattformen, IGs und AGs in der Partei – keine ausgeschlossen und neue denkbar. Diese sollen sich einig im programmatischen Ziel gegenseitig herausfordern, nicht aber gegenseitig agitieren, bekämpfen oder durch Alleinvertretungsansprüche in Frage stellen. Wir brauchen anspruchsvolle und kulturvolle, diskursive Meinungsbildung und nicht verbale Schlägereien von Fanblocks.“

Anpassung und Widerstand

„Vergessene KritikerInnen der bürgerlichen Gesellschaft wie Ernst Bloch, Peter Brückner, Hans Mayer, Otto Rühle, Agnes Heller, Ernest Jouhy u.a. müssen heute wieder neu in die Analyse der kalten, einsamen und tödlichen Glitzerwelt der Industriegesellschaften eingebracht werden.“ (DGW, S. 18)* Die Liste der genannten Gesellschaftskritikerinnen und -kritiker ist fortzusetzen, kann um viele Namen und Namenlose ergänzt werden – zum Beispiel um Gottfried Mergner, der diese Zeilen schrieb und der wohl selbst zu den vergessenen und unbekannteren Vertretern einer kritischen Theorie gehört. Um dem entgegenzuwirken, hat Thomas Geisen zwei Bände mit ausgewählten Schriften Mergners zusammengestellt.

Zur Person

Mergner promovierte 1972 mit einer Arbeit über Otto Rühle; von 1970 bis 1973 war er Mitherausgeber und Lektor der – damals berühmten, längst eingestellten – Buchreihe *„Texte des Anarchismus und Sozialismus“* (Rowohlt Verlag). Von 1967 bis 1972 engagierte Mergner sich im SDS; 1973 beginnt er seine Lehrtätigkeit an der Pädagogischen Hochschule Bielefeld, ist ab dem Wintersemester 73/74 Hochschullehrer an der neugegründeten Universität Oldenburg. Mergner habilitiert über politische Erziehungskonzepte in der Weimarer Republik. An der Einrichtung des Diplomstudiengangs *„Interkulturelle Pädagogik“* ist er beteiligt. Bildungstheorie, Handlungstheorie, soziale Bewegungen, Kolonialismus, Eurozentrismus und Rassismus – dies sind die Eckpfeiler seines Projekts einer kritischen Rekonstruktion der europäischen Mentalitätsgeschichte. Mergner, der in diesem Jahr seinen 60. Geburtstag feiert, begreift seine Forschungsarbeit zugleich als Übersetzung von Theorie in Praxis: Der Begriff der Erinnerung ist dabei zentral und überbrückt die erziehungstheoretischen, sozialphilosophischen und gesellschaftskritischen Aspekte. „Wir verstehen heute unter Klassenkampf mehr als nur die Geschichte der Arbeiterbewegung. Die Erinnerung an die eigene und an die in der Geschichte verborgene Widerspenstigkeit, der Widerstand innerhalb des allmächtigen Triumphzuges der europäischen Expansionsgewalt, die Erinnerungen, die in Momenten der Gefahr aufblitzen, verbinden uns mit dem Widerstand aller Außenseiter und Stigmatisierten in aller Welt und in allen Kulturen ... In der Konfrontation mit unserer eigenen Geschichte und mit der Expansionsgeschichte Europas eröffnet sich unser existenzieller Widerspruch von Anpassung und Widerstand. Das Bewusstsein dieser Ambivalenz – unseres Doppel-

Lebens – ermöglicht es uns trotz unseres Erbes solidarisch mit den Widerstandsbewegungen in aller Welt zu werden, ohne dabei unsere eigene Identität aufzugeben.“ (DGW, S. 19)

Subjekt-Krise

Wie erträgt der Mensch die herrschenden Widersprüche, inwiefern prägen diese Widersprüche seine Identität, seine Subjektivität? Welche Chancen hat das Subjekt, sich den Widersprüchen zu widersetzen – oder sie in eine Praxis der Befreiung umzulenken? Mergner versucht die Konstitution von Subjektivität als Widerspruch zwischen Lernprozessen und Anpassungsgewalt zu beschreiben. Der Prozess der Identifikation, der jede Biografie kennzeichnet und ohne den keine Subjektivität wäre, ist nur vor dem Hintergrund der konkreten sozial-ge- schichtlichen Verhältnissen zu verstehen. Der Prozess der Identifikation, der selbst schon ein Moment der herrschenden Gewaltverhältnisse darstellt, äußert sich in der europäischen Mentalitätsgeschichte in den Mustern von Eurozentrismus, Nationalismus, Rassismus und der Konstruktion des Fremden. Damit entwirft Mergner eine materialistische Theorie des Subjekts und entfaltet zugleich eine historische sowie systematische Ideologiekritik, die in der Lage ist, auf die gegenwärtigen Muster des gesellschaftlichen Bewusstseins im Spätkapitalismus zu reagieren.

Diese Kritik der Identitätslogik, die philosophisch bereits Theodor W. Adorno formulierte (vgl. Adorno, Negative Dialektik, 1966), bewegt sich nur scheinbar in der Nähe zur postmodernen Variante der Subjektkritik; zwar haben postmoderne, poststrukturelle und dekonstruktive Ansätze – man denke an so unterschiedliche Autoren wie Michel Foucault, Jacques Derrida, Edward Said oder Judith Butler – auch den Eurozentrismus kritisiert und auf die Gewaltverhältnisse moderner Subjektivität aufmerksam gemacht; in der schematischen Verketzung von Eurozentrismus und Identitätslogik konzentrierte sich die Analyse allerdings auf einen Logozentrismus, der die Subjekte nur noch als diskursive Konstruktionen wahrnehmen konnte, als „Texte“. Diese Spielart der Subjektkritik vermag zwar die strukturelle Gewalt von Normierung, Disziplin und Kontrolle zu erkennen und hat damit die klassische kritische Subjekttheorie um zentrale Momente erweitert; gleichzeitig verschwimmt hier jedoch der konkrete Realitätsbezug, das Subjekt wird zur abstrakten Konstruktion (und die Dekonstruktion dieses Subjekts folglich zur self-fulfilling prophecy: Ein Subjekt, das nicht in seiner sozialen Wirklichkeit und

Bedingtheit erkannt wird, kann freilich schnell für tot oder aufgelöst erklärt werden). Dem liegt eine Verselbstständigung von Theorie zugrunde, die Karl Marx und Friedrich Engels schon im letzten Jahrhundert als Pseudokritik und Scheinradikalität am Beispiel der „kritischen Kritik“ der *„Heiligen Familie“* offenlegten. Problematisch an der Postmoderne ist schließlich die Idealisierung der Subjektverhältnisse: sie vermag das Subjekt zu kritisieren, findet aber keinen Zugang zur kritischen Darstellung der konkreten Widerspruchsverhältnisse der Subjekte; sie verwirft den Rassismus, aber verwirft auch die konkrete Erfahrung rassistischer Repression. Menschen werden nicht nur klassifiziert (nach Rasse oder Geschlecht), sondern konstituieren sich als Subjekte unter Bedingungen ökonomischer und sozialer Klassen sowie ideologischer Identitätsmuster – Sexismus, Rassismus und Nationalismus sind auch Diskurse oder Texte, für die meisten Menschen sind dies aber reale Verhältnisse oder sogar Bedrohungen ihrer gesellschaftlichen Existenz.

Indem Mergner die Konstitution der Subjekte als permanente individuell-biografische und entwicklungsge- schichtliche Krise begreift, statt als bruchlosen Prozess widerspruchsfreier Identifikation, distanziert er sich auch von idealistischen Subjekttheorien. Solche idealistischen oder schlicht idealisierenden Ansichten über Subjekt und Identität sind für die bürgerliche Ideengeschichte prägend; noch heute fußen gängige Ansichten über Bildung und Erziehung auf diesen idealistischen Konstruktionen eines vernünftigen und mit sich selbst identischen Subjekts. Der bekannte Bildungstheoretiker Hartmut von Hentig, der bestimmt human und demokratisch eingestellt ist, lässt in seinen ansonsten dezidierten Bildungskonzept die realen Widersprüche und Unterdrückungsverhältnisse (ökonomische, politische, kulturelle etc.) unberücksichtigt: „Für die Bestimmung der Bildung ... (ist) ... die Analyse der gegenwärtigen und zukünftigen Lebensverhältnisse ... untauglich.“ (Hentig, Bildung, Weinheim 1999, S. 13) Bei Wolfgang Klafki reagiert der Lernende zwar auf reale Probleme mit „Schlüsselqualifikationen“, die Probleme bleiben allerdings seinem Leben und seiner Erfahrung äußerlich. Auch die „kritische Erziehungswissenschaft“ Klaus Mollenhauers beruht auf dem Ver- nunftidealismus widerspruchsfreier Lernprozesse (im Sinne eines „kritischen Rationalismus“, wie ihn Karl Popper formulierte).

Identität als Konformität

Die Subjekt-Krise, von der Mergner ausgeht, resultiert aus dem Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Anpassungsgewalt und dem Lernen der Subjekte; um also den Konstitutionsprozess in seiner Widersprüchlichkeit zu begreifen, müssen die Verhältnisse von Dominanz, Ge-

walt und Widerstand in ihrem sozialgeschichtlichen Entstehungskontext analysiert werden. Mergner sieht demnach „unsere eigene Lebensgeschichte“ als „Teil einer europäischen Erziehungs geschichte – einer Geschichte der Zurichtung zu Untertanen für die Eroberung der Welt.“ (DGW, S. 14) Mit diesem Subjektkonzept kritisiert Mergner schließlich auch Varianten eines modernistischen Identitätsmodells, wie es zum Beispiel Jürgen Habermas mit seiner Theorie der kommunikativen Vernunft vor schwebt. „Wenn Jürgen Habermas ›Subjektivität‹ als Produkt der Moderne – unserer Moderne – begreift, idealisiert er die europäische Geschichte, um sie gleichzeitig in ihrer inneren Gewalt zu verschleieren. Die europäische Geschichte ist nicht die Evolutions-Geschichte der Subjektivität, sondern die Geschichte der gesellschaftlich bedingten Subjekt-Krisen. Wenn wir Menschen anderer Kulturen und Lebensformen deshalb ihre Subjektivität absprechen – wie es nicht nur Habermas tut –, entspricht dies dem Versuch, die eigene Krankheit zur allgemeinen Gesundheitsnorm zu erklären.“ (DGW, S. 14)

Die herrschende Vorstellung von Identität des Subjekts ist ein Resultat der bürgerlichen Gesellschaft; sie hat das Ideal des mündigen, selbstbewussten Bürgers gefestigt. Allerdings vollzieht sich Konstitutionsgeschichte des bürgerlichen Subjekts nicht ideell, sondern realisiert sich in der kapitalistischen Ökonomie. Maßgebliche Bestandteile des Kapitalismus sind Waren- und Geldverkehr, die Wertlogik sowie die Klassifizierung und Quantifizierung der Menschen (Subjekte) und Gegenstände (Objekte) zu dinglichen Beziehungen. Durch dieses Gefüge hindurch setzt sich eine Identifikations logik durch, die die herrschende rationale Logik – Max Horkheimer sprach von der „instrumentellen Vernunft“ – im modernen Nationalismus, Antisemitismus und Rassismus fortsetzt: „Je abstrakter, d.h. zweckrationaler die Lebensinteressen der Menschen werden und je unpersönlicher die Ursachen für gesellschaftlichen Mangel, Not, Repression und Ausbeutung werden, desto stärker wird die Sehnsucht, das Verlangen nach vorstellbaren Ursachen, nach persönlichen Verursachern, deren Verhalten, Handeln und Eigenschaften zur Erklärung unbegriffener Zusammenhänge, Ereignisse und Ängste herangezogen werden können.“ (DGW, S. 50) Rassismus und Sexismus erscheinen als internalisiertes Gewaltverhältnis; die Subjekt-Krise äußert sich in der Ohnmacht und Unmündigkeit – prinzipielle Anerkennung von Autorität und Konformität verdecken die Unfähigkeit zum Widerstand. Im Neoliberalismus wird dieses Gewaltverhältnis pluralisiert und flexibilisiert, die traditionellen Autoritätsmuster brechen weg. Obwohl dies auf der gesellschaftlich-individuellen Ebene als Zuwachs von Freiheit und Autonomie erscheint, dient diese formale

Demokratisierung der Ausweitung und Sicherung der Leistungs- und Konkurrenzverhältnisse; dadurch wird das zwanghafte Bedürfnis nach Autorität und Konformität auf der individuellen Ebene stabilisiert. Je bereitwilliger die Subjekte die Konformität bestätigen, desto weniger konform nehmen sie sich selber war: Ein Kriegseinsatz wird als „Herausforderung“ gesehen, stupide und unproduktive Arbeit wird zum „kreativen Job“, mit den neuen Moden verkleidet man sich als Außenseiter, Konsum wird zum Widerstand und Rassismus zur Ansichtssache.

Lernfähigkeit und Lerngrenzen

Die Subjekt-Krise manifestiert sich in der gesellschaftlichen Anpassungs gewalt, die den Menschen als Ersatzidentität aufgenötigt wird; gleichzeitig wird diese Gewalt von den Individuen reproduziert. Der Bereich, in dem die Konformität sozial durch die Individuen und individuell durch die Gesellschaft gesichert wird, ist die Erziehung. In kaum einem Konzept des Bürgertums tritt der Widerspruchscharakter des bürgerlichen Humanismus so deutlich hervor, wie im Erziehungsideal: geführt, bestraft, beschuldigt, entmündigt soll das Kind zu Freiheit und Autonomie erzogen werden; seine Phantasie wird beschränkt, damit es Reflektieren lerne, sein Denkvermögen wird abgewertet, damit es selbstsicher im Urteilen werde ... Darin drückt sich der fundamentale „Widerspruch von Bildung und Herrschaft“ (Heinz Joachim Heydorn) aus. Hinzu kommt, dass die Realität der Erziehungspraxis nicht durch die – sei's auch gutwilligen – Ideale geprägt wird, sondern durch das ökonomische Verwertungsinteresse. Mergner schreibt dazu: „Die subjektive Komponente ›Mensch‹ soll für die Wirtschaft und den Staat allgemein verfügbar und verwertbar gemacht werden. Er soll als Träger spezieller moralischer Eigenschaften, allgemeiner Kompetenzen, technischer Fähigkeiten und Fertigkeiten unter das bürgerliche Eigentum, unter das frei verfügbare Produktivvermögen subsumiert werden können.“ Und: „Erziehung soll verhindern, dass die Träger der Ware Arbeitskraft sich gegen die ihnen zugeteilten gesellschaftlichen Rollen wehren – oder positiv formuliert: sie soll garantieren, dass sich die Untertanen mit der Situation ›so wie sie nun einmal ist‹ identifizieren oder sich wenigstens resigniert damit abfinden.“ (LS, S. 21)* Mergner beschreibt dies in einer „Theorie der Lerngrenzen“: „Diese Erziehung sicherte ... die bestehende Herrschaft durch die Mystifizierung der widersprüchlichen Alltagserfahrungen der Unterdrückten. Doch andererseits werden über diese Erziehung auch allgemeine Kompetenzen, Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt, die beliebig – also auch im eigenen Lerninteresse – eingesetzt und verwendet werden können.“ (LS, S. 23) Dieser Selbstwiderspruch der Pädagogik kann

eine emanzipatorische Dimension bekommen, indem der Lernprozess zu einem Akt der Selbstermächtigung des Subjekts wird. Solches „Lernen“ definiert Mergner als das „bewusste veränderte und verändernde Einwirken auf die eigene geschichtliche Wirklichkeit.“ (LS, S. 23)

Angeblich sind die Zeiten der „schwarzen Pädagogik“, die Zeiten der Prügel und der Folter der Kinder, vorbei – die moderne Erziehungspraxis erscheint kinderfreundlich, will nicht erziehen, sondern begleiten und propagiert allenfalls die kindgerechte Pädagogik in allen Facetten. Die Medien konterkarieren diese Idylle, indem sie auf die steigende Gewalt auf den Schulhöfen hinweisen – die Kinder wüssten den freizügigen Umgang mit ihnen gar nicht zu würdigen. Doch das Gewaltverhältnis hat sich nur verschoben (zum Beispiel das indische Schulsystem), oder wurde in den sozialen Randzonen konzentriert (Jugendstrafanstalten in den USA); vor allem aber ist aus der ehemaligen von der Disziplinarmacht der Erziehung eine Kontrollmacht geworden, wie es Gilles Deleuze sagen würde. Diese Veränderung stellt auch Mergner fest, sieht aber den Erziehungswiderspruch nach wie vor wirksam: „Die Erziehung wandelt sich zwar heute vom körperlichen Zwang zur psychisch-strukturellen Gewalt, vom autoritären Eingriff zur stummen Macht der Verhältnisse, doch die Ergebnisse bleiben gleich: die Erziehung zur Tüchtigkeit schafft uns Neurosen und erzieht uns zu Söldnern und Agenten oder wenigstens zu Rationalisten der europäischen Expansionsgewalt.“ (DGW, S. 15)

Das heißt also, der Erziehungsprozess findet heute (zumindest in den Metropolen) auf der Konstitutionsebene des Subjekts statt, um so das verantwortungsbewusste, flexible und konkurrenzfähige Individuum hervorzubringen. Nicht nur die Inhalte der Erziehung, sondern die Erziehungsform sichert die Ideologie des modernen Menschen – die Subjekt-Krise fußt auf dieser Erziehung: „Unsere und anerzogene Normalität, unsere Subjektivität ist in sich tief neurotisch. Wir erfahren in unserer Gesellschaft schon als kleine Kinder die individuelle Einsamkeit eines allgemeinen Konkurrenzsystems ... Unsere fröhlich vermittelte, unersättliche Gier nach Dingen verhindert gründlich alle Erfahrungen von Sinn, Selbstverständnis und Gewissheit. Wir erlernen in unserer Kultur schon früh die Ohnmacht gegenüber den Stärkeren, Mächtigeren, wir erleben früh, dass die keinerlei Lebensrechte haben, die zu den ›Unnützen‹, zu den ›Wertlosen‹, zu den ›Lebensunwerten‹ gezählt werden. Die neurotische Weltsicht aus diesen frühen Erfahrungen verbreiten wir dann als Erwachsene als allgemeingültige Vernunft in aller Welt.“ (DGW, S. 14 f.)

Das Fremde in uns selber

Mergner setzt dem eine „Anti-Pädago-

gik“ entgegen, „die sich allein dem lernenden Subjekt verpflichtet weiß“ (Geisen, in: LS, S. 9). Mergners „Theorie der Lerngrenzen“ ist deshalb als Praxistheorie verstehtbar, der es um die konkreten Handlungsmöglichkeiten des Subjekts geht. Diese Möglichkeiten sind durch die herrschenden Gewaltverhältnisse eingeschränkt; allerdings setzt eine emanzipatorische Pädagogik hier schon an und hilft, diese Einschränkungen zu analysieren und sie freizulegen. „Lernen zu ermöglichen“, wie es viele bürgerliche Pädagogen propagieren, wird nur zu schnell zur leeren Phrase, wenn die Lernbedingungen und Lerngrenzen nicht kritisiert werden: sie sind primär durch die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmt.

Das heißt zum Beispiel, die pädagogischen Bedingungen des Rassismus mitzudenken. Mergner ergänzt hierbei im Sinne einer interkulturellen Pädagogik den humanistischen Gedanken von der Perfektibilität des Menschen (Rousseau: Unfertigkeit, Möglichkeit des Menschen – der Mensch wird erst noch Mensch). „Jeder Mensch ist dazu fähig, in jede Kultur hineingeboren zu werden. Die Beschreibung des jeweiligen Menschen mit dieser oder jener Kulturfärbung geschieht vor allem in der ersten Lebensphase über personale Beziehungen.“ (DGW, S. 37 u. S. 53) Schon daraus folgt das Recht auf „transkulturelle Lernprozesse“, aber auch das „Recht des Einzelnen auf seinen Rückzug in starre Identitätsgemeinschaften“. Denn: „Kulturelle Prägungen, die den Einzelnen entmündigen, die den Einzelnen lern- und damit lebensunfähig machen, muss der Einzelne in seinem eigenen Interesse überwinden lernen. Dies wird durch das reaktionäre Geschwätz von vorgegebenen ›kulturellen Identitäten‹ verschleiert.“ (DGW, S. 38) Mergner hat daraus Konsequenzen für einen antirassistischen Widerstand gezogen: „Wenn wir ... das kulturelle Selbstbestimmungsrecht definierter (ethnischer, nationaler) Gemeinschaften fordern, treten wir – gewollt oder ungewollt – für die Kontinuität von Zwangsgemeinschaften ein und sind gegen die Selbstbestimmung und die Freiheitsrechte des Einzelnen. Damit schaffen wir nicht Befreiung, sondern wir stärken damit immer wieder erneut die Voraussetzungen für Ausgrenzungen und Unterdrückung.“ (DGW, S. 40)

Utopie und Gefahr

Wenn die bisherigen revolutionären Bewegungen ebenfalls von Gewaltverhältnissen durchsetzt waren, wenn Subjektivität bereits durch frühkindliche Erziehung und Erfahrung beschädigt ist, wenn Widerstand nur schwer zu den subjektiv verinnerlichten Potentialen struktureller Gewalt vordringt und Selbstreflexion praktisch als existentielle Bedrohung der Individuen erfahren wird, dann steht eine Theorie und Praxis emanzipatorischen Handelns vor dem Problem, für ei-

nen revolutionären Gesellschaftsentwurf genügend utopische Phantasie aufzubringen, die von der bestehenden Eindimensionalität, Anpassung und Selbstbeschränkung weit möglichst befreit ist. Sie muss auf jede Idealzeichnung des zukünftigen Menschen verzichten, ohne doch die Utopie einer menschlichen Zukunft und zukünftigen Menschheit aufzugeben. Dies gründet in der Erfahrung der Möglichkeiten und Wünsche des gegenwärtigen Menschen; diese Erfahrung muss in eine befreende Praxis aufgenommen werden. Walter Benjamins Geschichtstheorie und Ernst Blochs Hoffnungsphilosophie bilden zwei wichtige Referenzen für Mergners Versuch, dieser emanzipatorischen Widerstandspraxis theoretische Konturen zu geben. Mergner erläutert dazu: „Das ›Prinzip Hoffnung‹ kommt ... ohne den idealen Menschen aus, weil es seine Stärken und Hoffnungen aus der Erinnerungsarbeit schöpft. Über die Vergangenheit entdeckt es die konkreten, hoffnungsvollen politischen Perspektiven bei den real vorhandenen Menschen der Gegenwart. Es dringt durch die den Menschen aufgezwungenen System-Charaktere zu ihren verdeckten, aber konkreten Lebenswünschen und Freiheitssehnsüchten vor.“ (DGW, S. 83) Nicht ein Idealmensch, sondern die Möglichkeit der realen Menschen – im echten Plural eines „realen Humanismus“ (Marx) – bestimmen die utopische Perspektive: „Weil die Geschichte der Menschen nicht nur im Triumphzug der Herrschenden, sondern auch aus den Erinnerungen an die Monaden des Widerstands besteht, ist Hoffnung, die sich mit den konkreten Menschen verbindet, realistisch. Das ›Prinzip Hoffnung‹ erhält seine Kraft aus der Anstrengung, die Gradlinigkeit der Geschichtsschreibung der Sieger zu durchbrechen. Die Vergangenheit ist nicht nur Beute der Sieger, sondern auch Erinnerung an die zerstörten Ambivalenzen und eingeübneten Widersprüche.“ (DGW, S. 83) Dies führt Mergner, der mit seiner Subjekttheorie eben auch eine emanzipatorische Lerntheorie und -praxis verbindet, zu Benjamins sechster These zum Begriff der Geschichte: „Vergangenes

historisch artikulieren heißt nicht, es erkennen ›wie es denn eigentlich gewesen ist‹. Es heißt, sich einer Erinnerung bemächtigen, wie sie im Augenblick der Gefahr aufblitzt ... In jeder Epoche muss neu versucht werden, die Überlieferung von neuem dem Konformismus abzugehen, der im Begriff steht, sie zu überwältigen.“ (Benjamin, Gesammelte Schriften Bd. I, S. 695) Und Mergner ergänzt: „Diese Erinnerungsarbeit kann und wird auch pädagogische Folgen haben, wenn es gelingt, die dringend notwendigen umfassenden Handlungsperspektiven zu entwickeln ... Der geschichtlich konkrete Erfahrungs- und Handlungs-Raum konkreter, geschichtlicher Menschen mit Vergangenheit, Gegenwart und eigener Zukunft wird dann zur Voraussetzung der gesellschaftlichen Umwälzung. Möglich wird eine solche Archäologie des Widerstands, weil sie parteiisch ist. Sie kritisiert in den Verhältnissen die Herrschaft des Menschen über den Menschen (die Herrschaft von Ausbeutern, Erwachsenen, Männern und anderen Parasiten) und identifiziert die Subjekt-Momente von Anpassung und Widerstand als Perspektive der Hoffnung auf eine (über-) lebensfähige Welt.“ (DGW, S. 83) – Diese Perspektive der Hoffnung erfasst nur den ganzen Horizont ihrer historischen Chance, wenn sie zugleich der Gefahr gewahr wird, die ständig droht, sich der Hoffnung selbst zu bemächtigen. Auf der Flucht vor den Nazis hält Benjamin diese Erfahrung zum Schluss seiner sechsten geschichtsphilosophischen These fest: „Auch die Toten werden vor dem Feind, wenn er siegt, nicht sicher sein. Und dieser Feind hat zu siegen nicht aufgehört.“ (Benjamin, ebd.)

rob

* Die Seitenangaben beziehen sich auf: Gottfried Mergner, Dominanz, Gewalt und Widerstand. Fragmente und Brüche europäischer Mentalitätsgeschichte, Ausgewählte Schriften Band 1, hg. v. Thomas Geisen, Hamburg u. Berlin 1998, 210 S. brosch., 34,80 DM (zitiert als DGW), sowie: Gottfried Mergner, Lernfähigkeit der Subjekte und gesellschaftliche Anpassung. Kritischer Dialog über Erziehung und Subjektivität, Ausgewählte Schriften Band 2, hg. v. Thomas Geisen, Hamburg u. Berlin 1999, 260 S. brosch., 39,80 DM (zitiert als LS).

Stellungnahme Bundesausschuss Friedensratschlag Umstrukturierung der Bundeswehr

Mit der öffentlichen Vorstellung der Empfehlungen der von der rot-grünen Bundesregierung eingesetzten Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ unter dem Vorsitz des Altbundespräsidenten Richard von Weizsäcker wird nach der Remilitarisierung der Bundesrepublik Deutschland vor 45 Jahren nun eine zweite historische Zäsur bundesdeutscher Militärpolitik eingeläutet.

Die Empfehlungen der Weizsäcker-Kommission unterscheiden sich zwar in

einigen Punkten von denen, die die von Minister Scharping eingesetzte Arbeitsgruppe unter Generalinspekteur von Kirchbach erarbeitet hat. Der Minister ist an keine der Arbeitsergebnisse gebunden. In der wesentlichen Zielbestimmung der Bundeswehr herrscht aber weitgehende Übereinstimmung zwischen allen bisher vorliegenden Reformvorschlägen: An die Stelle der Landesverteidigung (gemäß Art. 87a GG) tritt die Interventionsfähigkeit. Eine Analyse der vorliegenden Papiere lässt zusammenfassend folgende

Entwicklung erkennen:

Die Bundeswehr erhält durch die beabsichtigte Aufstockung ihrer sogenannten Krisenreaktionskräfte (Schnelle Eingreiftruppen) auf das zwei- bis dreifache eine strukturelle Angriffsfähigkeit. Durch die Verringerung der Zahl der Wehrpflichtigen und des zivilen Personals, durch Outsourcing nicht-militärischer Komponenten und andere strukturelle Maßnahmen wird Ballast abgeworfen, um die seit 1996 konkret geplanten Anschaffungen neuer Kriegswaffen, die im Zeitraum von 2001 bis 2015 mindestens 210 Mrd. DM verschlingen werden, finanzieren zu können. Diese auf hohe Mobilität und Flexibilität und hohe Präzision der Waffeneffektivität abzielende Kriegswaffenmodernisierung, gepaart mit autonomer strategischer Aufklärung soll die Truppe befähigen, gleichzeitig mindestens zwei Kriege – für NATO und/oder EU – weltweit führen und gewinnen zu können. Die rot-grüne Bundesregierung setzt getreu der Vorgabe der geheim gehaltenen Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR) aus dem Jahr 1992 die Militarisierung der deutschen Außenpolitik fort, um mit der Bundeswehr den „politischen Handlungsspielraum Deutschlands und das Gewicht, mit dem die deutschen Interessen international zur Geltung gebracht werden können,“ (VPR) bedeutend zu erweitern.

Vor zehn Jahren waren Bundeswehr und NATO mit der Auflösung des Warschauer Pakts und der Sowjetunion nicht nur der Gegner, sondern auch die Legitimation und die Identität abhanden gekommen. Abgerüstet wurde in den europäischen NATO-Staaten im Gegensatz zum einstigen Gegner dennoch kaum. Russland gibt heute nur ein Sechstel dessen für Rüstung aus, was die Sowjetunion zum Höhepunkt des Kalten Krieges ausgab und es hat sämtliche Verbündeten verloren. Die europäischen NATO-Staaten hingegen geben nur ein Sechstel weniger aus als vor 15 Jahren. Die NATO expandiert geografisch. Sie leistet sich in Europa dreieinhalb Mal so viel Soldaten und bei den konventionellen Waffensystemen des KSE-Vertrages eine Überlegenheit zwischen 47 und 227 Prozent gegenüber Russland. Hier liegen enorme Abrüstungspotenziale für die NATO, wie wir in unserem Friedensmemorandum 1999 bereits feststellten. Beim Blick auf die konventionellen Kriegsmarinen wird die Überlegenheit der NATO besonders augenfällig. Allein die europäischen NATO-Staaten liegen bei Überwasserkampfschiffen 214 zu 25 und bei U-Booten mit 104 zu 38 gegenüber Russland vorn.

Doch solche Fakten, die eine außerordentliche konventionelle Überlegenheit der NATO belegen, finden keinen Eingang in die vom Ministerium geforderten Bedrohungsanalysen. Stattdessen feilen Militärs seit zehn Jahren an neuen strategischen Konzepten, in denen neue – im Unklaren gehaltene – Risiken und Bedrohungspotenziale angedeutet werden und

sogar der Bundeswehreinsatz für wirtschaftliche Zwecke vorgesehen ist. In einer beispiellosen „Salamitaktik“ wurde versucht, das bisherige Bundeswehr-Image eines altägyptischen Fossils des Kalten Krieges zu desavouieren und mit dem Slogan „Schützen – Retten – Helfen“ die Notwendigkeit stetig wachsender Militäreinsätze weit entfernt von Europas Gestaden bis hin nach Kambodscha und Somalia zu begründen. Dass dies vor allem Public Relation war, zeigte sich spätestens mit den deutschen Beteiligungen an den Bundeswehr-Auslandseinsätzen im ehemaligen Jugoslawien ab August 1995.

Die Kohl-Regierung betrieb schrittweise eine Aushöhlung des Grundgesetzes und arbeitete systematisch an der Unterminierung des deutschen Nachkriegskonsenses der außenpolitischen Zurückhaltung. Ihre Politik missachtete den Artikel 87a GG, wonach Deutschland nur zur Landesverteidigung Streitkräfte aufstellen darf. SPD und Grüne brachen mit ihren antimilitaristischen Grundsätzen. Mit dem Angriffskrieg gegen Jugoslawien brachen sie sogar das Völkerrecht, den 2+4-Vertrag und das Grundgesetz. Die NATO erweiterte nicht nur ihr Bündnisgebiet, sondern auch ihr Kriegsführungsgebiet „out of area“.

Die öffentliche Philosophie dieser Kriegseinsätze speist sich aus einer Verpflichtung für die Menschenrechte und dem Kampf gegen ihre Verletzung. Der Menschenrechtsbegriff wird dabei unzulässig verengt, instrumentalisiert und selektiv angewendet. Der Kampf um den Schutz von Menschenrechten erweist sich im Krieg gegen Jugoslawien als vorgeschoben. Der verheerende Bombeneinsatz gegen zivile Ziele in Jugoslawien führt die menschenrechtliche Begründung per se ad absurdum. Die Schädigungen für die jugoslawische Bevölkerung sind lang anhaltend und bergen – bei andauerndem Embargo – die Gefahr in sich, ähnliche inhumane Folgen zu zeitigen, wie sie das zehnjährige Embargo gegen den Irak hervorruft.

Diese von den Vereinigten Staaten zusammen mit ihren Verbündeten geführten Kriege stellen – klassisch – die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln dar. Zur Durchsetzung zum Teil unannehmbarer Forderungen (Rambouillet) wird mit militärischen Drohungen nachgeholfen. Wird den Forderungen nicht nachgekommen, gnadenlos bombardiert. Leidtragende sind immer nur die Zivilbevölkerung dieser Länder und besonders Kinder. Der NATO-Krieg gegen Jugoslawien führte zudem erstmalig zu einem offenen Bruch der UN-Charta und setzte an ihre Stelle das nackte Faustrecht des Stärkeren.

Diese Art von „Konfliktlösung“ ist antiquiert und gehörte längst auf den Müllhaufen der Geschichte. Sie widerspricht dem Versprechen der rot-grünen Koalitionsvereinbarung, wonach deutsche Außenpolitik „Friedenspolitik“ sei. Sie widerspricht auch den Versprechungen,

Außen- und Sicherheitspolitik vornehmlich als „präventive“ Krisenverhütung bzw. als zivile Konfliktbearbeitung zu betreiben.

Zur Ausrüstung der 140.000 (Weizsäcker-Papier) bzw. 157.000 (Kirchbach-Papier) Mann „präzenter Einsatzkräfte“ sollen speziell konzipierte Kriegswaffen angeschafft werden. Sie sind in den Papieren zum Teil nicht ausdrücklich benannt, in jedem Fall ausdrücklich nicht quantifiziert. Sie werden hinter Sammelbegriffen versteckt, wie z.B. „Präzisionsbewaffnung mit Abstandsfähigkeit unter Allwetterbedingungen“, worauf die Weizsäcker-Kommission den Schwerpunkt in der Ausrüstung legen möchte. Diese Waffen sind seit Jahren in der Forschungs-, Entwicklungs- oder Erprobungsphase bzw. ihre Herstellung hat bereits begonnen. Dazu zählen

- die extrem kampfstarken neuen 80 (von geplanten 212) Kampfhubschrauber TIGER, zur Herstellung einer neuen Deep-Battle-Kapazität des Heeres;
- ab 2003 neuartige Präzisions-Kampfdrohnen TAIFUN, die in Schwärmen abgefeuert noch in 170 km Entfernung Gefechtsstände von Panzern und LKW unterscheiden können sollen, um sie zu zerstören;
- für die Deutsche Marine völlig neuartige speziell für den Flachwasserkrieg vor fremden Küsten konzipierte Korvetten. Von ihnen sollen speziell Ziele an Land bekämpft werden können. Für die ersten fünf (von geplanten 15) soll das Bewilligungsverfahren noch vor der Sommerpause der Bundestages abgeschlossen werden;
- bis 2006 drei neue Fregatten, die zusammen mit den Korvetten den Verbund des Seekrieges von Hoher See aus in die Küste hinein ermöglichen sollen. Diese F 124 sind mit rund 1,3 Mrd. DM pro Stück die teuersten deutschen Kriegswaffen aller Zeiten;
- ab 2006 für Heer und Marine neuartige – in der Welt einzigartige – manuell über ein Kabel lenkbare Präzisionsflugkörper POLYPHEM, die in noch 100 km Entfernung gezielt durch Fenster lenkbar sein sollen, um dann zu explodieren;
- neue Außenluftunabhängige U-Boote, von denen zunächst vier (von insgesamt 12) bis 2006 angeschafft werden sollen. Mit neuen Hochleistungstorpedos werden sie zu den kampfstärksten konventionellen U-Booten der Welt;
- ab 2002 neue deutsche Marschflugkörper TAURUS für die TORNADOS mit einer Reichweite von 350 km zur Zerstörung verbunkter Ziele;
- ab 2005 soll das erste EUROFIGHTER-Geschwader einsatzfähig sein;
- ab 2010 acht neue Fregatten F 125 zum artilleristischen und Flugkörperbeschuss fremden Territoriums und zur Abwehr ballistischer Flugkörper. Zusätzlich werden u.a. neue Transportkapsitäten zu Lande (GTK), zu Wasser (Einsatzgruppenversorger, Weizsäcker: Truppentransporter,) und in der Luft (Hub-

schrauber NH-90, luftbetankbare Transportflugzeuge FTA) verlangt. Neben der weltumspannenden Satellitenkommunikation zur Truppenführung soll in europäischer autonomer Regie eine globale militärische Satellitenaufklärung treten.

Die qualitative Aufrüstung führt unweigerlich zu folgender verheerender Konsequenz: Je eher die qualitativ neuen Offensivwaffen in der Bundeswehr eingeführt und die entsprechende Führungsstruktur implementiert ist, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit und die Bereitschaft von Politik und Militär, mit Krieg zu drohen und die Waffen auch einzusetzen. Kriege mit deutscher Beteiligung würden dann zunehmen. Die Absicht der Weizsäcker-Kommission, die Bundeswehr in die Lage zu versetzen, pro Jahr zwei größere „Kriseneinsätze“ à la Kosovo im Ausland gleichzeitig durchzuführen, bedeutet nichts anderes, als den Kriegsfall zum Normalzustand der Bundeswehr zu machen.

Das Motto rot-grüner Außenpolitik: „Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik“ wird ins Gegenteil verkehrt. Ehrlicherweise müsste es dann heißen: „Deutsche Außenpolitik ist Kriegspolitik“.

Allein für die Umsetzung der bereits im Bundeswehrplan 1997 vorgesehenen 30 „Wesentlichen Großvorhaben“ würden ab 2001 nicht weniger als 140 Mrd. DM Investitionsmittel aufgebraucht werden müssen. Die insgesamt über 200 Waffenprojekte werden zwischen 2001 und 2015 mindestens 210 Mrd. DM verschlingen. Dies würde jährliche Investitionen von 14 Mrd. DM voraussetzen. Die Weizsäcker-Kommission legt ihrem Finanzmodell bis 2010 eine Investitionssumme von insgesamt 120 Mrd. DM zu Grunde, also jährlich 12 Mrd. DM. Dies würde sicher nicht ausreichen, die selbst gesteckten ehrgeizigen Aufrüstungspläne zu finanzieren. Für die von der Weizsäcker-Kommission geforderten „kostspieligen Modernisierungsmaßnahmen“ werden aber die veranschlagten zusätzlichen Mittel von drei Mrd. DM pro Jahr nicht ausreichen; realistischer sind fünf Milliarden. Wie diesen Ansprüchen zu entsprechen ist, liegt zunächst beim Verteidigungsministerium: Entweder werden die Beschaffungen gestreckt bzw. gestrichen oder der Etat wird entsprechend erhöht oder es wird entsprechend mehr bei den Personal- und Betriebskosten gekürzt.

Das Weizsäcker- und Kirchbach-Papier gleichen sich auch in puncto Größe der Teilstreitkräfte Luftwaffe und Marine und bei der Anzahl der Berufs- und Zeitsoldaten. Allerdings gibt es hinsichtlich der Anzahl der Wehrpflichtigen eine beachtliche Differenz von 84.500 (Kirchbach) zu 30.000. Die ist auch bestimmt für die Unterschiede in der Personalstärke des Heeres und der Gesamtpersonalstärke (Kirchbach 290.000, Weizsäcker 240.000). Leider wird die öffentliche Diskussion fast ausschließlich von dieser Debatte bestimmt, obwohl sie – im Kontext der grundsätzlichen Neuausrichtung der

Bundeswehr auf Out-of-area-Einsätze eher als Marginalie zu bewerten ist. Denn die Fähigkeit zum Militärinterventionismus der Bundeswehr war und ist nicht davon abhängig, ob es eine Wehrpflicht gibt oder nicht. Der Charakter der Bundeswehr wird künftig von ihrer Kriegsführungsfähigkeit bestimmt sein und nicht von der Tatsache, ob sie dies als Wehrpflichtigen- oder Freiwilligenarmee bewerkstellt.

Die Weizsäcker-Kommission sieht erhebliche Einsparmöglichkeiten bei den Kampf- und Schützenpanzerbeständen. Sie sollen von 5.600 auf 3.500 reduziert werden, die gepanzerten Transportfahrzeuge von rund 3.300 auf 2.000. Dass dies „nahezu eine Halbierung der heute vorhandenen Hauptwaffensysteme“ bedeutet, lässt sich aus dem Zahlenmaterial der Kommission zwar nicht belegen. Dennoch: Der Vorschlag ist begrüßenswert. Gemessen am Gleichgewicht der Kräfte zwischen Russland/Weißrussland auf der einen und der NATO auf der anderen Seite im Europa des KSE-Vertrages vom Atlantik bis zum Ural würde allerdings eine proportionale Abrüstung auf das russische Niveau für Deutschland allein die Kampfpanzerzahl von 3.136 auf 1.306 verringern können. Zur Erklärung: Die NATO verfügt im KSE-Europa über die 2,27-fache Menge an Kampfpanzern wie Russland/Weißrussland.

In unserem Friedensmemorandum 1999 haben wir für die „proportionale Reduzierung der Bundeswehr entsprechend ihres Anteils an der Überrüstung in Europa“ gegenüber Russland/ Weißrussland plädiert. Auf der Basis aktualisierter Zahlen bedeutet dies im Einzelnen:

Das Heer lässt sich von 26 Kampfbri-gaden auf 11 Brigaden reduzieren, die Kampfhubschrauberverbände von jetzt 3 Regimentern und 1 Staffel auf 2 Regi-menter, die Luftwaffengeschwader von 10 auf 6.

Die Deutsche Marine lässt sich auf unter ein Viertel ihrer derzeitigen Größe reduzieren. Insbesondere 12 der 14 Fregatten können sofort stillgelegt werden.

Die Bundeswehr wird mit höchstens 120.000 Soldaten und rund 50.000 Zivilangestellten auskommen. Wehrpflicht und Zivildienst entfallen.

Die Aufgaben der Bundeswehr bleiben auf Landes- und Bündnisverteidigung beschränkt, so dass die Schnellen Eingreiftruppen aufzulösen sind. Das ist auch mit einer Abkehr von der Militarisierung der EU verbunden.

Für Waffensysteme sind die Beschaffungsvorhaben zunächst auszusetzen und die Forschung, Entwicklung und Erprobung neuer Offensivwaffen ist einzustellen.

Die Umsetzung sämtlicher Abrüstungsmaßnahmen bis 2006 würde bis 2010 schätzungsweise 200 Mrd. DM für andere Maßnahmen der Prävention, der Konversion, der zivilen Katastrophenhilfe, für das Gesundheitswesen und die Pflege- und Altendienste freisetzen.

Die Bücher zum Tribunal

Schriften des Internationalen Vorbereitungskomitees für ein Europäisches Tribunal über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien, herausgegeben von Wolfgang Richter, Elmar Schmähling und Eckart Spoo.

Die Wahrheit über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien

Sammelband zum Hearing vom 30.10.1999 in Berlin, Schkeuditzer Buchverlag, Januar 2000, ISBN 3-9806705-2-X, 272 Seiten, 25 DM

Die deutsche Verantwortung für den NATO-Krieg gegen Jugoslawien

Sammelband zum Hearing vom 16.4.2000 in Hamburg, Schkeuditzer Buchverlag, Juni 2000, ISBN 3-9806705-6-2, 336 Seiten, 28 DM

NATO-Kriegsverbrechen angeklagt

Sammelband zum Tribunal vom 2. und 3.6.2000 in Berlin, Schkeuditzer Buchverlag, Oktober 2000, ISBN 3-9806705-7-0, ca. 400 Seiten, ca. 29,80 DM. Für Bestellungen bis zum 30.9.2000 wird ein Subskriptionspreis von ca. 25 DM gewährt.

Erhältlich im Buchhandel oder über den GNN Buchversand, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204/65711, Fax .../65893,

Internet: gnn-verlag.de,
e-mail: GNN-Schkeuditz@t-online.de

Der KSE-Vertrag ist auf die OSZE auszudehnen. Dabei sollten reduzierte Obergrenzen angestrebt werden, die zunächst etwa auf der Hälfte der von uns befürworteten Größen liegen. Neu sollte die Marine ebenso einbezogen werden wie Abstandswaffen aller Art.

Die Brisanz des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs der NATO gegen Jugoslawien und der globalen Neuausrichtung der NATO-Kriegspolitik ist den Ländern des Südens sehr wohl bewusst. Im April 2000 verurteilten die Regierungsvertreter der 133 Staaten der Blockfreien („Südgipfel“) „entschieden“ die sogenannten „humanitären Interventionen“ der NATO, ohne das Mandat der UNO eingeholt zu haben. Der Südgipfel repräsentiert fünf der sechs Milliarden Erdenbürger. Sie brauchen keine Militärbündnisse und keine Interventionstruppen, sondern Hilfe zum Überleben, Unterstützung bei der nachhaltigen ökonomischen, sozialen und ökologischen Entwicklung des Globus. Militär wird darin keinen Platz mehr haben. Auch in Deutschland stehen andere Probleme auf der Tagesordnung als der Umbau der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee. Die Zeit ist reif für mehr Abrüstung. Das hat die Weizsäcker-Kommission leider nicht verstanden.

Für den Bundesausschuss Friedensratsschlag: Lühr Henken und Dr. Peter Strutynski Kassel/Hamburg, den 23. Mai 2000

9.-12. Juni: Bundesweites Treffen der Totalen Kriegsdienstverweigerer in Hamburg. Gearbeitet wird in verschiedenen Ags: Prozessführung; Juristische Unterstützung durch und für TKD-Ver; Knast / Arrest / Soliarbeit; Medien/Öffentlichkeitsarbeit. Anmeldung bei: Die Desertöre, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, desertoere@gmx.de

ADRESSE AUFKLEBER

9. Juni: Hauptversammlung der Deutschen Bank, Festhalle Frankfurt mit Aktionen der Kritischen Aktionäre. Kontakt: Dachverband Kritische AktionärInnen, Henry Mathews, Schlackstr. 16, 50737 Köln, Tel.: 0221/5995647, Fax: 0221/5991024. E-Mail: critical_shareholders@compuserve.com Internet: <http://www.kritischaektionaere.de>

9. Juni: Brüssel: Demonstration mit anschließendem Symposium der Europäischen Märsche zum Thema „Europaweite Mindeststandards für Einkommen“ – anlässlich des Gipfeltreffens des europäischen Unternehmerverbandes UNICE

15.-18. Juni: Eisenach: Antifa-Aktions-Tage gegen den Burschentag der „Deutschen Burschenschaft“. In diesem Jahr veranstaltet die „Deutsche Burschenschaft“ ihren sogenannten Burschentag in Eisenach. Höhepunkt der Gegenaktionen ist eine antifaschistische Demonstration am 18.6., Beginn 12 Uhr am Hauptbahnhof Eisenach, u.a. mit Peter Gingold. Weitere Aktivitäten: 14. Juni, 19.00 Uhr Café Balance Diavortrag und aktuelle Infos zum Burschentag. 15. Juni, ab 20.00 Uhr, Antifa-Benefiz-Konzern im Bürgerhaus, Ernst-Thälmann-Str. Aktuelle Infos unter (03 61) 5 66 13 21, E-mail: ak.antifa@gmx.net

16./17. Juni: Berlin: Internationale Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung: Osterweiterung der Europäischen Union – die soziale Dimension. Kongresszentrum Weißensee Weg 52,

13052 Berlin. Anmeldung: Dr. Hilde Ettinger, Tel: 030-29781152, Fax: 030-29784222, E-Mail: ettinger@rosa-luxemburg.org. Ausführlich siehe Politische Berichte 10

17. Juni: Politische Ökonomie heute, 2. Kurstag. Beginn 10.30 Uhr in der DGB-Jugendbildungsstätte Fulda, Magdeburger Str. 69 (s. PB 6, S. 18f.)

17. Juni: Berlin: Hearing „Zukunft der Bundeswehr“, weitere Infos auch über Projektmanager Paul Schäfer, Tel. (0 30) 2 27-7 58 32, Fax: (0 30) 2 27-7 58 32. E-Mail: paul.schaefer@bt.pds-online.de. Kontakt: PDS im Bundestag, Wolfgang Gehrke, Platz der Republik, 11011 Berlin, Tel. (0 30) 2 27-7 18 53, Fax (0 30) 2 27-7 66 32

17. Juni: Krefeld: 22. Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW. Kontakt: Landesverband NRW e.V. der VVN/BDA, Gathe 55, 42107 Wuppertal, Tel. (02 02) 45 06 29, Fax (02 20) 45 06 29. Internet: <http://www.vvn-bda.de/nrw>

19. Juni: Porto, Portugal: Demonstration des Europäischen Gewerkschaftsbundes – anlässlich des EU-Gipfels. Die Europäischen Märsche werden daran teilnehmen.

25. Juni: Genf: Demonstration der sozialen Bewegungen, Nicht-Regierungsorganisationen und Gewerkschaften anlässlich des UN-Sozialgipfels (Nachfolgegipfel von Kopenhagen). Sechs Monate nach Seattle, drei Monate nach Washington geht der Kampf gegen WTO und weltweite Deregulierung weiter.

7. bis 9. Juli: IKX – Interkonexiones: Radio-Kongress Europa – Südamerika. Weitere Informationen: Radio Flora, Internationale Redaktion, Zur Bettfedernfabrik 1, 30451 Hannover, fon: 0511 – 219 79 – 0, fax: 0511 – 219 79 – 19

27. bis 30. Juli: Linke Sommerschule. Näheres zu Ort und Themen s.u.

5-7. September: Seminar der Bundesakademie für Sicherheitspolitik zum Thema: Deutschland und „seine neuen Minderheiten“ im Licht innen- und außenpolitischer Veränderungen. Ort: Bonn

16. September: Politische Ökonomie heute, 3. Kurstag. Beginn 10.30 Uhr DGB-Jugendbildungsstätte Fulda, Magdeburger Str. 69 (s. PB 6, S. 18f.)

14. Oktober: Mobilisierungen anlässlich des EU-Gipfels in Biarritz; Abschlussdemonstration des Frauenmarsches 2000 in Brüssel

7. November: US-Präsidentenwahlen, Neuwahl des Repräsentantenhauses und ein Drittel des Senats sowie zahlreicher Gouverneure

25. November: Politische Ökonomie heute, 4. Kurstag. Beginn 10.30 Uhr, DGB-Jugendbildungsstätte Fulda, Magdeburger Str. 69 (s. PB 6, S. 18f.)

Linke Sommerschule in Thüringen



Seit dem Sommer 1992 führt die Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ in und bei der PDS zweimal jährlich die Linke Schule durch. Auch im Sommer 2000 finden wieder drei Kurse statt.

Der **Kurs Philosophie** setzt sich kritisch mit verschiedenen Theorien der Gerechtigkeit auseinander – von Aristoteles, Theorien aus der jüdischen und christlichen Religion, über Kant bis in die Postmoderne.

Der **Kurs Geschichte** befasst sich mit der *Kulturrevolution in China*, den zugrundeliegenden sozialen und politischen Widersprüchen, ihrem Verlauf, ihren Erfahrungen.

Der **Kurs Wirtschaft** befasst sich mit den *Kommunalfinanzen – Einkommensarten und Haushaltsordnung*.

Das Faltblatt mit einer ausführlicheren Beschreibung der Kurse erscheint Mitte Juni und kann bestellt werden bei: Christiane Schneider, c/o GNN, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. (0 40) 43 18 88 20, Fax (0 40) 43 18 88 21, E-mail: gnn-hhsh@otelo-online.de

Die Linke Sommerschule findet vom 27. bis 30. Juli in Sondershausen (Thüringen) statt, und zwar im Jugendwohnheim Juventas, Karl-Günther-Str. 26-27, 99706 Sondershausen. Dort stehen Einzelzimmer, Zweibettzimmer und Zimmer mit gemeinschaftlichen Sanitäranlagen (Belegung mit 2 Personen) zur Verfügung zu gestaffelten Preisen (einschließlich Vollverpflegung und Getränken): 220 DM, 190 DM, 137,50 DM.

Anmeldung bei: Christiane Schneider (s.o.)